

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Aus dem Inhalt:
 Moskauer Prozeßgeheimnisse
 England rüstet gegen Hitler
 Der Geist der Lüge
 Die braune Hand am Werke

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Die Kindermörder als Fälscher

Schamlose Bildfälschung des Streicherschen „Stürmer“ entlarvt

Die Nummer 8 des »Stürmer«, herausgegeben von Julius Streicher, die im Februar dieses Jahres erschienen ist, enthält Bilder aus Spanien. Unter der Überschrift »Mordgier des Talmudjuden« bringt sie zunächst ein Bild einer Kirchentür, an der mumienähnliche Leichen in Särgen lehnen. Unterschrift: »In Barcelona rissen die von den Juden aufgehetzten Roten als Heilige verehrte Nonnen aus ihren Gräbern und gaben sie vor der Kirchentür dem Gespötte preis!« Danach folgen angebliche Auszüge aus dem Talmud.

Unter diesem Text folgen wieder Bilder — drei Bilder von toten kleinen Kindern. Unterschrift: »Auch Kinder nationalgesinnter Familien werden von den Roten ermordet.« Als Quellenangabe steht unter diesen Bildern: »Stürmer-Archiv«. Dies ist die schamloseste Bildfälschung, die jemals verübt worden ist.

Bei diesen drei toten Kindern handelt es sich um Opfer eines Bombenangriffes deutscher Flieger auf Madrid, um die blutigen und verstümmelten Opfer deutscher Fliegerbomben!

Aus den Opfern der deutschen Intervention in Spanien sind im »Stürmer« von »den Roten« ermordete Nationalistenkinder gemacht worden. Wir sind in der Lage, dies einwandfrei beweisen zu können. Diese Kinder sind bei dem Luftangriff vom 6./7. November 1936 getötet worden. In Nr. 180 des »Neuen Vorwärts« vom 22. November 1936 berichteten wir darüber:

»Am 6. und 7. November führten die Bombenflugzeuge der spanischen Rebellen einen Luftangriff auf Madrid durch. In geringer Höhe fliegend, wählten die Flieger sich sorgsam ihre Ziele aus. Sie warfen mit voller Absicht ihre Bomben auf Märkte, auf denen Frauen einkauften, wie auf Plätze, auf denen Kinder spielten. Hunderte von Frauen und Kindern sind diesem Angriff zum Opfer gefallen. Es liegen uns Photographien von erbarmungswürdig zerfetzten Frauen und kleinen Kindern vor — aber auch Photographien von einer nichtexplodierten Fliegerbombe, die nach der Auffindung zerlegt worden ist. Es ist eine deutsche Fliegerbombe. Sie trägt das Herstellungsdatum: Juli 1936. Auf den Einzelteilen liest man: »Füllkörper für S.« und »Zusatzkörper. Reinsdorf, 3. Lief. 1936.« Dafür werden die deutschen Arbeiter zum Schuft in Rüstungsbetrieben gezwungen, dafür muß das deutsche Volk hungern.«

Wir haben damals Bilder einer deutschen Fliegerbombe reproduziert. Die spanische Regierung hat diese Photographien versendet. Auch wir haben damals diese Photographien erhalten. Sie sind in einer großen Anzahl von Zeitungen reproduziert worden.

- Zum Beweise veröffentlichen wir
1. eine Reproduktion aus Nr. 6 des »Stürmers«,
 2. Unmittelbar darunter die Photographien der Kinder, die dem Luftangriff vom 6./7. November zum Opfer gefallen sind.

Das spanische Propagandaministerium hat im Dezember 1936 noch einmal 13 dieser Kinderbilder im Umdruck versendet, dazu ein Bild von der Aufbahrung der Opfer des Luftangriffs, ein Bild eines Bombenteils, und ein Bild

Die Fälschung des Stürmer Mordgier des Talmudjuden



Auch Kinder nationalgesinnter Familien werden von den Roten ermordet

Der Jude liegt mit der Lüge und stirbt mit der Wahrheit Die Kinderopfer des Luftangriffs auf Madrid



von deutschen Junkersapparaten über Madrid. Der Text, den das spanische Propagandaministerium dieser Bildveröffentlichung in spanisch, deutsch, französisch und englisch beigab, lautete:

»Ermordete Kinder in Madrid.

Beiliegende Photographie zeigt ein Beispiel für die »militärische« Aktion der Aufständischen über Madrid. Die Bombardements der Bevölkerung, die unausgesetzt fortgeführt werden, ohne daß jemand in Europa sie verhindert, haben als hauptsächlichste Konsequenz den Tod von Kindern. Man hat die Orte gesucht, wo sie sich aufzuhalten pflegen, wo sie spielten oder wo sie untergebracht waren. Man

hat sie niederkartätscht, während sie ihre Mütter begleiteten, die ihre Einkäufe besorgten. In der Polizeidirektion ist alles dies festgestellt worden mittels Zahlen, die sprechender sind als alle Worte. Zahlen, die wie man sehen kann, sehr hoch sind, und diese Zahlen wachsen täglich höher, während einige Nationen ruhig diesem Massaker zusehen, ohne an ihm teilzunehmen und andere haßerfüllt mit tatkräftiger Hilfe dieses Verbrechen unterstützen.

Es ist wahr, die Bomben, die über Madrid abgeworfen werden, explodieren nicht immer. Wenn sie es tun, entrüsten uns ihre Opfer. Wenn sie aber ganz bleiben, erfüllen uns die deutschen Marken, die man auf dem

Metall lesen kann, mit gleich starker Empörung. Und die Flugapparate, deren schwarze Silhouetten am Himmel von Madrid erscheinen, sind unverwechselbar, alle sehen auf dem ersten Blick, daß es deutsche Junkers sind. Das Völkerrecht und der Nichteinmischungspakt haben heute dasselbe Schicksal in Europa.«

Damit ist der Beweis für die Bildfälschung des »Stürmers« restlos erbracht. Die journalistischen Banditen des »Stürmer« haben ganz einfach aus den Opfern des deutschen Kindermords in Madrid »von den Roten ermordete Kinder« gemacht. Sie haben unter diese dreiste

Fälschung die Devise gesetzt: »Der Jude siegt mit der Lüge und stirbt mit der Wahrheit.«

Es ist ein typisches Beispiel für die moralische Verwahrlosung des braunen Systems, ein typisches Beispiel einer Kriegslüge. So sieht der »Kulturkampf gegen den Bolschewismus« aus, den das Dritte Reich führt! Die Hunderte von ermordeten Kindern in Madrid hier, und die schamlose Bildfälschung des »Stürmers« da — das ist die Ethik des Dritten Reiches.

Der Geist der Lüge

Der amerikanische Botschafter in Paris hat bei einer offiziellen Gelegenheit die folgenden bedeutsamen Sätze gesprochen:

»Wir glauben, daß die Wahrheit ein Ding ist, das wirklich existiert; wir bestreiten, daß Anschauungen, die eine Propaganda der Volksmeinung aufzwingt, Wahrheiten sind, und wir empfinden eine dauernde tiefe Sympathie für jene Staaten, in denen die Menschen frei bleiben und die Wahrheit, so wie sie sie sehen, unterstützen können.«

Diese Stimme kommt aus einem Land, in dem in der Politik noch nicht alle Scham vor die Hunde entflohen ist. In der europäischen Politik greift der Geist der Lüge immer weiter um sich. Er dringt über die Grenzen der faschistischen Länder, er löst alle sittlichen, humanitären Grundlagen der Politik auf. Einstmals wird die Geschichtsschreibung sagen, daß diese Jahre gekennzeichnet waren durch die Zersetzung der intellektuellen Ehrlichkeit in der Politik, und daß die Erschütterung durch diesen Prozeß stärker und verhängnisvoller gewesen ist als die Erschütterung durch Rüstungen, Krieg und Gewalttat. Der Geist der Lüge ist das anarchistische Element in der Politik des militaristischen Nationalismus.

Die deutsche Politik beruht auf einer einzigen großen Lüge. Sie bemüht sich, heute schon die Geschichte zu fälschen in den Augen der Zeitgenossen. Das klassische Beispiel dafür ist die Behandlung der Spanienfrage. Am 18. Februar hat die »Frankfurter Zeitung« die neue Phase der »Nichteinmischungspolitik« unter der Überschrift »Es war höchste Zeit« mit folgenden Sätzen eingeleitet:

»Der Nichteinmischungsausschuß hat gezeigt, daß er Entschlüsse fassen kann. (»Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt«, sagte der deutsche Vertreter, Botschafter von Ribbentrop. Trotz allem ist es sehr spät, weil das spanische Volk wahrscheinlich früher das Ende seiner Tragödie gesehen hätte, wenn der Londoner Ausschuss von Anfang an energisch genug gewesen wäre, das wirklich zu wollen, was der Zweck und der Sinn seiner Errichtung war. Es ist wesentlich das Verdienst der deutschen und der italienischen Regierung, daß es endlich zu wirksamen Schritten kommen wird. Herr von Ribbentrop konnte in seiner Rede mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die deutsche Politik von Anfang das Ziel verfolgte, die theoretisch beschlossene Nichteinmischung in praktische Maßnahmen umzusetzen.«

»Der Londoner Beschluß hat über seine praktische Bedeutung hinaus einen allgemeinen politischen Akzent. Er beweist, daß Europa entschlossen ist, den Bürgerkrieg völlig in die spanischen Grenzen einzuschließen und nicht übergreifen zu lassen.«

Jeder Satz eine Lüge! Frankreich hat die Nichteinmischungspolitik vorgeschlagen. Es hat die Blockade über die spanische Regierung verhängt — aber Deutschland und Italien haben die Rebellen mit Waffen, Munition und Truppen versorgt. Deutschland und Italien haben die Nichteinmischungspolitik systematisch sabotiert. Deutsche und italienische Schiffe, Flugzeuge und Truppen führen Krieg gegen die spanische Regierung. Wer weiß das nicht? Einschließung des Bürgerkriegs in die spanischen Grenzen? Es hat also keine Marokko-affäre gegeben? Es gibt also keine Festsetzung des deutschen Imperialismus in Marokko, keine deutschen Batterien an der Straße von Gibraltar, keine deutsche Agitation in Nordafrika, keine Heranziehung von Eingeborenentruppen aus italienisch-Somaliland zum Krieg gegen die spanische Regierung? Wozu weiter beweisen? Die ganze Welt kennt die Tatsachen, und die ganze Welt weiß, daß die Diplomatie sie mit eiserner Stirn ableugnet und verfälscht!

Es ist das Verhängnis dieser »Nichtein-

Die braune Hand am Werke

Deutsche Nichteinmischung überall

Der deutsche Außenminister Neurath hat in Wien einen Staatsbesuch abgestattet. Der Sinn des Besuchs war, die österreichische Regierung daran zu erinnern, daß mit dem Abkommen vom 11. Juli 1936 Deutschland neben Italien Herrschaftsansprüche auf Oesterreich erhalten hat. Neurath hat die österreichische Regierung abermals auf den Satz festgenagelt, daß sie ihre Politik führen werde eingedenk der Tatsache, daß Oesterreich ein deutscher Staat sei. Das offizielle Kommuniqué spricht von »völliger Uebereinstimmung über die der Außenpolitik beider Regierungen zugrundeliegenden gleichartigen Bestrebungen zur Erhaltung und dauerhaften Sicherung des allgemeinen Friedens«. Das heißt also: außerhalb des Völkerbundes und gegen den Völkerbund, auf Grund der Methoden, die die Hitlerpolitik systematisch der Politik der kollektiven Sicherheit entgegensetzt, auf Grund der Blockbildung, die die Hitlerpolitik für ihre Zwecke versucht.

Neben dieser offiziellen Handauflegung ist die Arbeit der braunen Hand sichtbar geworden. Die Demonstrationen, mit denen Neurath in Wien empfangen worden ist, sind alles andere als spontane Ausbrüche. Auf Befehl haben die österreichischen Nationalsozialisten unter dem Gesang des Horst Wesselliedes der österreichischen Regierung in die Ohren geschrien: »Achtung, der Stellvertreter Eures Schutzherrn zieht ein!«

Seit langem arbeitet die deutsche Propaganda in Rumänien, um das parlamentarische System zu erschüttern. Sie spekuliert auf die Furcht der reichen rumänischen Gesellschaft vor dem Bolschewismus — das heißt vor jeder kräftigen Regierung notleidender Volksmassen. Wie die italienische Propaganda seit jeher auf dem Balkan alle auflösenden Tendenzen unterstützt hat, so will

mischungspolitik«, daß sie dem Geist der Lüge zum Triumph verhilft. Sie vollendet den Zusammenbruch des Völkerbundes, zwar nicht organisatorisch, aber moralisch! Die Politik der großen Mächte ohne Ausnahme hat aufgehört, auf der Grundlage der Wahrheit zu ruhen, die die Voraussetzung einer jeden demokratischen Politik ist.

Mit der Auflösung der politischen Moral der Regierenden aber geht Hand in Hand eine Auflösung der moralischen Kräfte der Völker, ohne die weder eine Demokratie, noch ein Völkerbund noch überhaupt eine Politik des Rechts und der Gerechtigkeit möglich ist. Wenn aber die moralischen Kräfte der Völker zerstört sind, dann ist das Schicksal Europas gewissenlosen Abenteurern ausgeliefert, den prinzipielllosen Technikern der Massenbeherrschung, den Hasardeuren des Imperialismus.

Europa kehrt damit zurück in ein neues Zeitalter des Absolutismus. Die verantwortungslosen Techniker der Massenbeherrschung, die den Geist der Lüge zum Prinzip erhoben haben, nehmen die Stelle der absoluten Monarchen von ehedem ein und führen die Völker neuen Kriegen des Absolutismus entgegen, in denen die Völker nicht Subjekte der Geschichte, sondern Spielbälle in der Hand von Hasardeuren sind.

Der Ordensregen

Hitler hat in Deutschland die Orden wieder eingeführt — still und leise. Im Laufe des Januar und Februar hat sich aus der Reichskanzlei ein reicher Ordensregen ergossen. Die Orden bestehen aus dem goldenen Parteiabzeichen, das gewissermaßen den Pour le Mérite des Systems darstellt, dem Olympia-Abzeichen erster und zweiter Klasse.

Mit dem goldenen Parteiabzeichen sind die Minister bedacht worden, die bisher noch nicht Parteimitglieder waren. Ihre Verantwortlichkeit für die Gesamtheit der Hitlerpolitik ist damit auch äußerlich festgestellt.

Die Olympia-Abzeichen aber sind en masse ausgeschüttet worden. Es gibt keinen fremden diplomatischen Vertreter, der es nicht erhalten hätte. Der Regen ist bis nach Japan, Südamerika und Südafrika gedungen. In Deutschland füllten die Listen der Dekorierten ganze Seiten des »Reichsanzeigers«.

Das Abzeichen zweiter Klasse haben die folgenden Frauen erhalten: Margarete Frick, Emmy Göring, Magda Göbbels, Marie von Neurath, Gräfin Ehrenhard Schwerin von Kroegk, Anna Pfundtner, Hildegard Meißner, Eilfriede Lammers, Luise Trunk, Annelies von

die deutsche Propaganda Rumänien in die Reihe der faschistischen oder halbfaschistischen Länder einbeziehen. Diese Arbeit vollzieht sich nicht mehr ausschließlich unter der Oberfläche, sie wird jetzt schon ganz offen betrieben und offiziell unterstützt.

Das braune System hat sich nicht damit begnügt, die Leichen der beiden Führer der Eisernen Garde, dieser faschistischen Mord- und Terrororganisation, beim Transport durch Berlin felerlich zu ehren. Der deutsche und der italienische Gesandte haben in Bukarest an der demonstrativen Beisetzung teilgenommen — obwohl die Eisernen Garde in Rumänien eine aufgelöste und verbotene staatsfeindliche Organisation ist. Die rumänische Regierung hat sich gegen diese offene Einmischung zugunsten einer staatsfeindlichen Organisation zur Wehr gesetzt. Sie hat in Berlin und Rom Vorstellungen erhoben, aber sie hat nur erreicht, daß der deutsche Gesandte hochfahrende Ausreden gebraucht hat, und daß die Regierungen von Berlin und Rom die rumänische Beschwerde ebenso hochfahrend abgelehnt haben.

Die rumänische Regierung sieht sich heute in einem schweren Abwehrkampf gedrängt gegen die Tendenzen, die auch in Rumänien eine Diktatur errichten wollen, sei es nach österreichischem, sei es nach griechischem Muster. Die Eisernen Garde — obwohl offiziell verboten — tritt wieder mit terroristischen Handlungen hervor. Die braune Hand ist am Werke, und die rumänische Regierung ist in der Verteidigung gegen die Intervention der braunen Hand.

Der Berufung des Leiters der Auslandsorganisation der NSDAP, Bohle, in das Auswärtige Amt, kommt für die Absicht und die Richtung der nationalsozialistischen

Ribbentrop, Marie von Tschammer-Osten, Grete von Halt, Helene von Billow-Schwante.

Die Ausländer können nichts dafür, wenn sie vom braunen System dekoriert werden. Für die deutschen Dekorierten aber ist es eine wohlverdiente Ehre, eine nur zu wohlverdiente Ehre! Wer vom braunen System dekoriert wird, ist für das künftige Deutschland gezeichnet.

Arbeitsfront besoldet SS

Der Sold für die Folterknechte

Zum Schutze ihres diktatorischen Regimes verlassen sich die Nationalsozialisten nicht nur auf den übernommenen Militär- und Polizeiapparat, sondern sie haben sich in der Gestapo, der SS und der SA besondere Formationen geschaffen. Sie alle haben nur die eine Aufgabe, das Volk, das bei der letzten »Wahl« fast hundertprozentig freudig mit Ja stimmte, in Schach zu halten. Denn das ist merkwürdigerweise immer noch notwendig!

Diese Schutzgarden des Regimes kosten ein sündhaftes Geld. Da alles was der Staat auf direktem Wege aus dem Volke herauspreßt, von der Aufrüstung verschlungen wird, und die Spenden, die in der »Kampfzeit« von den Agrariern und den Industriellen in reichlicher Menge freiwillig gesendet wurden, nahezu völlig aufgehört haben, mußte eine andere Quelle zur Finanzierung erschlossen werden.

Dabei haben die Machthaber auch wieder die Vorräte der Deutschen Arbeitsfront entdeckt. Diese Riesen-Zwangorganisation, der alle irgendwie in der deutschen Wirtschaft tätigen Personen angehören müssen, vereinnahmt jeden Monat einige Dutzende Millionen Reichsmark Zwangsbeiträge. Schon oft ist gefragt worden, für welche Zwecke wohl die gewaltigen Summen überhaupt Verwendung finden.

Wohl weiß man, daß das große Heer der nationalsozialistischen Bonzen der DAF Gehälter bezieht, wie sie vorher nie die Angestellten einer Arbeiterorganisation erhalten haben. Aber trotz dieser beispiellosen Verschwendung können die Beiträge auf diese Weise allein nicht vergendet werden.

Und so wird denn die Arbeitsfront zur Finanzierung der SS herabgezogen.

Wir wissen aus zuverlässiger Quelle, daß die aus der Arbeiterbank hervorgegangene Bank der Deutschen Arbeit, das Geldinstitut der Arbeitsfront, bei der auch die eingehenden Beiträge deponiert werden, den Dienststellen der SS zu Anfang jeden Monats rund einunddreißig Millionen Reichsmark überweisen muß!

Außenpolitik in der nächsten Zukunft eine besondere Bedeutung zu. Eine der ersten Aufgaben des Gauleiters Bohle ist, sicherem Vernehmen nach, die Ueberprüfung aller im Ausland lebenden Reichsdeutschen und die Schaffung einer Kartothek, in der die Zuverlässigkeit jedes Auslandsdeutschen vom nationalsozialistischen Standpunkt aus vermerkt werden soll. Sämtliche deutschen Konsulate im Ausland erhalten den Auftrag, bei Paßerneuerungen eine Kontrolle des Antragstellers in bezug auf seine Zuverlässigkeit für den Nationalsozialismus anzustellen und hierüber eine Kartothekkarte anzulegen. Ferner wird jeder Deutsche, der im Ausland eine Stelle annimmt, verpflichtet, der zuständigen Nazibehörde einen Bericht über seinen Posten abzugeben und die Autorisation für die Annahme des Postens zu erlangen. Er muß sich gleichzeitig verpflichten, fortlaufend Berichte über seine Firma und seine Beobachtungen an die deutsche Stelle zu senden, was ja seit der Aufrichtung des Dritten Reiches auch schon geschieht. Auf diese Weise wird das bislang auf Freiwilligkeit beruhende nationalsozialistische Wirtschaftsspionagesystem legalisiert und die Spionage zu einer Staatsbürgerpflicht jedes Auslandsdeutschen erklärt. Gauleiter Bohle hat in seinem Amt mit einem großen Mitarbeiterstab die vollständige Gleichschaltung der Auslandsorganisation der NSDAP mit dem Apparat der konsularischen und diplomatischen Auslandsvertretungen begonnen.

Diese offizielle nationalsozialistische Wirtschaftsspionage hat besonders in Polen große Beunruhigung hervorgerufen. Hier hat man seit langem die Arbeit der braunen Hand verspürt und befürchtet, daß sie intensiver als zuvor betrieben wird.

So werden die deutschen Arbeiter gezwungen, ihre Kerkermeister und Folterknechte selber zu bezahlen!

Eine große Internationale Konferenz für Spanien

Die Bureaus der SAI und des IGB sind am 17. Februar 1937 in Paris zusammgetreten, um auf Vorschlag der spanischen Organisationen über die Abhaltung einer Internationalen Konferenz zur Behandlung der spanischen Frage zu beraten.

Nach kurzer Diskussion haben die beiden Bureaus einstimmig beschlossen, daß die Konferenz am 10. und 11. März in London stattfinden wird.

Die politischen Parteien und Gewerkschaftlichen Landesverbände, die den beiden Internationalen angeschlossen sind, werden eingeladen werden, möglichst zahlreiche Delegationen zu entsenden und insbesondere für eine starke Vertretung ihrer Parlamentsfraktionen Sorge zu tragen.

Es wurde beschlossen, eine gemeinsame Sitzung der Exekutiven der SAI und des IGB am Tage vor dem Zusammentritt der Konferenz abzuhalten.

Im Verlaufe der Beratung haben die beiden Bureaus energischen Protest gegen die Tatsache erhoben, daß geschlossene italienische Truppenteile am Angriff auf Malaga teilgenommen und italienische Kriegsschiffe die Aufständischen unterstützt haben — gerade in einem Augenblick, da über die Mittel zur Verschärfung der Kontrolle und zur Verhinderung jeder Einmischung beraten wurde.

Der für die Internationale Konferenz in Aussicht genommene Zeitpunkt wurde gerade im Hinblick auf das Datum des 6. März festgesetzt, an welchem Tage bekanntlich die von den Regierungen beschlossene Kontrolle in Kraft tritt.

Wie im Weltkrieg

Die Morgensuppe ist wieder da!

Die Wirtschaftsgruppe »Gaststätten und Beherbergungsgewerbe« verweist auf die »Bedeutung zuckerhaltiger Morgensuppen, die bei unseren Vorfahren beliebt waren, und die für fünf bis sechs Stunden sättigend sind.«

Diese Propaganda der Morgensuppe läßt erkennen, woran in Deutschland Mangel ist: Brot, Weißbrot und Butter, Schmalz, Kaffee, Tee, Kakao.

Von der Morgensuppe aber ist nur ein Schritt bis zum Morgentrunk — diesem entsetzlichen aller Ersatznahrungsmittel ohne Nährwert aus der Kriegszeit, dessen Scheußlichkeit und dessen Herkunft sich keiner vorstellen kann, der den Krieg in Deutschland nicht miterlebt hat.

Die Wahrheit über Deutschland

»News Chronicle«, eine der bekanntesten englischen Zeitung mit Millionenauflage, schreibt in seiner Ausgabe vom 16. 2. 1937:

»Seit drei Jahren gibt der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Tschechoslowakei eine Monatsschrift heraus, die den schlichten Titel »Deutschland-Berichte« trägt.

Sie ist klein, leicht geheftet und unauffällig und enthält rund 150 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten auf dünnem tiefgrünem Papier. Sie ist die offizielle Publikation der Opposition.

In dieser Monatsschrift findet man keine Greuelmärchen, keine hysterischen Ausfälle gegen Hitler, sondern nur ruhige, peinlich genaue Feststellungen über alles, was tatsächlich vor sich geht. Sie ist weder überoptimistisch, noch das Gegenteil und so unabhängig und genau wie Hunsard (die als offiziell geltenden englischen Parlamentsdrucksachen; d. Red.) und sie muß so sein, weil sie der Monats-Bericht einer tödlich ernsten, disziplinierten und unermüdbaren aktiven Kraft ist.

Diese Berichte sind nicht von Ausländern geschrieben, um als Propaganda zu dienen, sondern von Männern, die eines Tages zurückkehren werden — um zu regieren.«

»Schleichendes Gift«

Die Parteivergangenheit steht auf.

In Deutschland hat sich eine neue Art von »Wühlmäusen« herausgebildet, die den Machthabern viel Kopfzerbrechen und Aerger bereitet. Diese Burschen flüstern nicht, sie verteilten auch kein illegales Material — i woher denn. Im Gegenteil, sie warten ihren Freunden und Bekannten nur mit dem Braunsten vom Braunen auf. Aber parteitreu wie sie sind (und es handelt sich häufig um die »ältesten Kämpfer«) haben sie sich auch die nationalsozialistischen Streuzettel, Flugblätter und Propagandabroschüren aus der Vorhitlerzeit fein säuberlich aufgehoben. Und die weisen sie vor. Als »Raritäten«. Im Betrieb, am Bierisch, beim Kegelnabend. Wer will ihnen das verbieten? Zwar sind auf den bewußten Zetteln die tollsten Versprechungen und die allerstaatsfeindlichsten, hochverräterischsten Absichten verzeichnet (Verstaatlichung des Bankkapitals ist noch das Mildeste). Jeder, der heute Ähnliches schriebe, würde glatt geköpft. Aber kann man jemanden verhaften, weil er Propagandamaterial der NSDAP besitzt und es auf Verlangen auch ausborgt? Man kann es schwer, und deshalb stöhnt die Zeitschrift »Völkischer Wille«:

»Man glaube ja nicht, daß in den gegenwärtigen Zeitläuften, angesichts der geharnischten Front, die den Nationalsozialismus schützt, jener Kampf der Widersacher sich in Saalschlachten oder Straßenkämpfen auswirken würde. Nein — aber mit schleichendem Gift, mit ausgeklügelten Vorspiegelungen, als Wolf im Schafspelz und mit gefälligen Verdrehungen sucht man Bresche zu legen. Scheinbar harmlose Umbiegungen, die im Betretungsfall für Mißverständnisse erklärt werden, bedere Behauptungen, schon längst auf dem gleichen Boden gestanden zu haben. Umdeutungen von gließerer Dialektik, das sind so die Waffen, mit denen man sich auf Schleichwegen anspricht.

Man hat aus früheren z. T. parteipolitischen Gedankengut einzelne Sätze herausgenommen und aus ihnen angebliche Wurzeln des Nationalsozialismus konstruiert, ohne zugeben zu wollen, daß die nationalsozialistische Weltanschauung ein in sich geschlossenes und organisch aufgebautes Ganzes ist, in dem herausgerissene Bruchstücke überhaupt Denkweisen überhaupt keinen Platz hätten.«

Fast jedes vor dem Jahre 1933 von den Nationalsozialisten herausgegebene Flugblatt ist ein solches »Bruchstück überholter Denkweise«, denn Versprechungen sind für diese »organisch aufgebauten« Retter immer dann überholt, wenn ihre Erfüllung von den hereingelegten Gläubigen nicht mehr erzwungen werden kann.

»Gedankenfreiheit!«

Selbst dem »Fridericus« wird übel.

Well das Blatt »Fridericus« als treuer Handlanger der Reaktion den Weimarer Staat seinerzeit aufs unflätigste bespuckt hat, glaubt es heute gelegentlich sanfte Einwände erheben zu dürfen, wenn ihm die mit seiner Hilfe herbeigeführten Segnungen schon zum Halse herauswachsen. Aber der Zensur wacht, die Unannehmlichkeiten reißen nicht ab, ein paarmal wurde schon mit dem Verbot gewinkt, und nun ist dem geplagten Schriftleiter ob solchen Undanks nicht nur die

England rüstet gegen Hitler

Aber die Minister wollen es nicht sagen

Mit gewaltiger Mehrheit hat das englische Parlament die Regierung Baldwin ermächtigt, eine Wehrleihe von 400 Millionen Pfund aufzunehmen. Es hat zugleich einen Fünfjahresplan der Wiederaufrüstung, dessen Ausführung mindestens 1500 Millionen Pfund (18 Milliarden Goldmark) kosten wird, zustimmend zur Kenntnis genommen.

Im Jahre 1913/14, dem letzten vor dem Weltkrieg, gab England 77 Millionen Pfund für Rüstungen aus. In den Jahren nach Friedensschluß bis zum Machtantritt Hitlers betrug der Durchschnitt etwa 112 Millionen jährlich. Das Jahr vor Hitler 1932/33 ist mit 103 Millionen das billigste der Nachkriegszeit. Noch im Jahre 1934/35 bleibt der Rüstungsetat mit 113,8 Millionen ungefähr beim Jahresdurchschnitt. Erst 1935/36 beginnt das Erwachen: der Etat steigt auf 136,9, im nächsten Jahre 1936/37 auf 188 Millionen Pfund. Für die kommenden fünf Jahre sind je 300 Millionen als Mindestbetrag veranschlagt. Das ist, wenn man die Pfundabwertung berücksichtigt, rund das Zweieinhalbfache dessen, was die englische Rüstung im letzten Jahre vor dem Weltkrieg gekostet hat.

Die Opposition wurde in der Hauptsache von der Labour Party gestellt. Die Haltung der großen englischen Arbeiterpartei zu den Wehrfragen war in der letzten Zeit starken Schwankungen unterworfen. Auf der Rechten waren zahlreiche Gewerkschaftsführer bereit, angesichts der drohenden deutsch-italienischen Gefahr alle oppositionellen Bedenken zurückzustellen und für massive Gegenmaßnahmen zu stimmen. Auf der anderen Seite vertraten einige Linkeradikale die Ansicht, daß man einer kapitalistischen Regierung überhaupt keinen Mann und keinen Groschen bewilligen dürfe. Die breite Mitte der Partei verkennt nicht die Notwendigkeit der Aufrüstung, doch weigert sie sich, so gewaltige Mittel einer Regierung in die Hand zu geben, zu deren Außenpolitik sie kein Vertrauen hat. Der neuen Vorlage hat sie auch deshalb Widerstand geleistet, weil sie von einer so großen Anleihe inflatorische Wirkungen befürchtet und die Deckung aller Mehrausgaben aus der Einkommensteuer verlangt.

Während für die offizielle Richtung Dalton, Attlee und andere sprachen, nahm für die Rechte der Partei der Oberst Wedgwood, für die Linke Sir Stafford Cripps das Wort. Beide, obwohl sonst Gegenpole, sprachen gegen Hitler schärfer als die eigentlichen Fraktionsredner. Wedgwood sagte:

»Das Land ist in Gefahr, mehr als das, die Freiheit ist in Gefahr. Vor der Diktatur wollen wir nicht in die Knie sinken. Wenn das Land in Gefahr ist, so kommt diese Gefahr von Hitler, und wir sollen unser Geld in der bestmöglichen Weise anwenden, um uns vor Hitler zu schützen.«

Auf der anderen Seite führte Stafford Cripps aus:

»Wir betrachten den Nazismus mit allem, was er an Angriffslust, Brutalität und Unterdrückung der Freiheit mit sich bringt, als

Galle, sondern auch die Druckerschwärze übergelaufen. Zwar reichte seine Besinnung noch so weit, die für den Gesinnungsterror Verantwortlichen »Unverantwortliche« zu nennen, aber jeder weiß ohnehin, was gemeint ist, wenn er unter der Ueberschrift »Gedankenfreiheit« liest:

»Es geht nicht an, daß Unverantwortliche solche Meinungsäußerung damit abtun, daß sie sagen: »Das überlassen Sie gefälligst dem Führer, der Regierung, dem zuständigen Reichsminister, den Behörden! Sie aber halten freundlichst den Mund!« Sondern das Wort auch des einfachen Staatsbürgers muß gewertet werden als ein Zeichen des Gefühls der Mitverantwortung um Staat und Volk, für die wir alle das Beste wollen und für die jeder von uns nicht nur das Wort, sondern auch das Lebens einzusetzen bereit sein muß.«

»Bereit sein muß« — aber vielleicht nicht bereit sein wird, wenn es nichts als Ketten und Maulkorb zu verteidigen gibt. Das ist deutlich, und doch wird es noch einmal unterstrichen:

»Das deutsche Volk muß erzogen, aber es darf nicht dressiert werden. Der deutsche Staat soll nicht von Sklaven, sondern von freien Männern getragen und verteidigt werden.«

den öffentlichen Feind Nr. 1. Den Friedensbetreuerungen Hitlers schenken wir keinen Glauben.«

Zwischen Wedgwood, der den Burgfrieden und die nationale Einigkeit zum Kampf gegen Hitler fordert, und Cripps, für den die Regierung Baldwin als öffentlicher Feind Nr. 2 gleich nach Hitler kommt, bewegt sich die Argumentation der Mitte. Auch Dalton und Attlee denken über Hitler nicht anders als Wedgwood und Cripps. Aber sie sind in ihren Schlußfolgerungen — nach beiden Seiten hin — weniger radikal. Ihre Kampfesweise entspricht ungefähr der Art, in der die deutsche Sozialdemokratie als Opposition in der Republik zu Wehrvorlagen Stellung genommen hat.

In den politischen Kämpfen Englands wird fortan die Wehrvorlage an vorderster Stelle stehen. Wie es scheint, glaubt die Regierung, mit ihr auch eine gute Wahlparole gefunden zu haben. Sie zeigt sich aktiv, sie appelliert an das Nationalgefühl, sie schafft der Rüstungsindustrie Aufträge, dem Handel Gewinne, den Arbeitslosen Arbeit. Die Labour Party hätte vielleicht lieber auf einem anderen Felde die Entscheidung gesucht. Denn das Nein, das sie der Wehrvorlage entgegengesetzt, kann eben kein ganz prinzipielles, volles und rundes Nein mehr sein, es klingt schon wie ein »Nein — obwohl«, was beinahe gleichbedeutend ist mit einem »Ja — aber«.

Die Labour Party lehnt die Wehrvorlage ab, obwohl sie die Größe der Gefahr nicht bestreitet. Wenn die Konservativen sagen werden, »Die Labour Party sieht wohl die Gefahr, sie will aber nichts gegen sie tun«, so werden die Labour-Leute darauf antworten: »Ja, wir wollen schon etwas tun, aber nicht so viel.« Oder: »Ja, wenn die Kosten von den Reichen getragen würden!« Oder: »Ja, aber dieser Regierung geben wir nichts, weil sie eine schlechte auswärtige Politik treibt.«

Von diesen drei Argumenten ist das letzte bei weitem das stärkste. Denn, wenn das englische Volk jetzt gezwungen ist, seine Rüstungsausgaben nahezu zu verdreifachen, so hat es das in der Tat der schlechten Außenpolitik seiner Regierung mitzuverdanken. Die Behauptung Attlees, die Regierung habe die deutsche Aufrüstung geradezu begünstigt, mag agitatorisch überspitzt sein. Dennoch bleibt wahr, daß das englisch-deutsche Flottenabkommen von 1935 geradezu auf eine Legitimierung des Vertragsbruches herauskam. Sicher ist der Vorwurf berechtigt, daß die englische Regierung es unterlassen hat, eine Politik zu treiben, die geeignet gewesen wäre, Hitlers Rüstungseifer zu dämpfen. Hätte sie eine solche Politik getrieben, sie hätte ihrem Volke viel Geld und vielleicht noch einiges andere ersparen können.

Auch jetzt hat sie es unterlassen, die Welt über den politischen Sinn ihres Rüstungsprogrammes aufzuklären. Nicht einmal zum Völkerbund und zum Prinzip der kollektiven Sicherheit hat sie sich mit klaren Worten bekannt. Alles, was die Baldwin,

Inskip und Neville Chamberlain darüber zu sagen hatten, läuft auf das Sprüchlein hinaus, da andere rüsteten, müsse man das leider auch tun, man wolle nichts als den Frieden, und habe gegen niemanden böse Absichten. Die Herren sind peinlich korrekt. Alle Welt weiß, daß die neuen Rüstungen als Verteidigung gedacht sind gegen eine Friedensstörung, die man von Hitler, vielleicht von Hitler und Mussolini zugleich, befürchtet. Aber der diplomatische Takt und der faschistenfreundliche Flügel der konservativen Partei verbieten, das offen auszusprechen.

In Berlin scheint man die Sprache der englischen Zahlen auch ohne Kommentar richtig verstanden zu haben. Das zeigt die Betretenheit, mit der die dirigierte Presse das Ereignis aufgenommen hat. Die flauere Stimmung blieb jedoch nicht lange sichtbar. Ueber bange Gedanken hilft eine flotte Militärmusik immer noch hinweg.

Hitler hat alle Ursache, seine Untertanen über die politische Niederlage hinwegzutäuschen, die er in London erlitten hat. In seinem Buch »Mein Kampf« verkündet er als höchste politische Weisheit, daß man England von Frankreich trennen müsse, um Frankreich zu zerschmettern. Wenn England jetzt seine ganze gewaltige Wirtschaftskraft einsetzt, um auf den Fall der Fälle vorbereitet zu sein, so tut es das offenbar nicht, um Hitler bei der Zerschmetterung Frankreichs zu helfen, und offenbar auch nicht, um bei dieser Gelegenheit untätig beiseite zu stehen. Aber höchstwahrscheinlich tut es das alles, um in einem künftigen Weltkrieg mit Frankreich und Rußland gegen Deutschland zu kämpfen.

Die Unklarheit, die die englische Regierung über den Zweck ihrer Aufrüstung verbreitet, dient Hitler zur Rettung. Sie hilft ihm, das deutsche Volk darüber hinweg zu täuschen, daß infolge seiner Politik die Entente von 1914 stärker noch als damals wieder aufersteht. Auch damals war es so, daß die Umriss dieses gefährlichen Gebildes erst bei den ersten Kanonenschüssen aus den englischen Nebeln auftauchten. Soll es das nächste Mal wieder so sein? Damals hätte England den Frieden retten können, wenn es rechtzeitig gesagt hätte, wo es im Falle eines Krieges stehen würde. Auch jetzt kann England den Frieden retten, wenn es sich entschließt, klar und deutlich die Wahrheit zu sagen: die Wahrheit, daß nicht nur das deutsche, sondern auch das englische, das französische und jedes andere Volk für die Hitlerherrschaft eine unerträgliche Blutsteuer zu zahlen hat, die Wahrheit, daß ganz England, von einer winzigen Minderheit abgesehen, die Hitlerherrschaft haßt und verabscheut, die Wahrheit, daß England im Falle eines Krieges zur Wahrung seiner Weltreich-interessen und von der Stimmung des Volkes getrieben gegen Hitler marschieren wird.

Nur die Wahrheit kann den Frieden retten, nur England kann sie so sagen, daß sie auch in Deutschland verstanden wird!

zenden der Freien Turnerschaft Danzig-Langfuhr, Baulain, 10 Monate Gefängnis, für den Gastwirt Schmidtke, bei dem die Zusammenkunft stattgefunden hatte, 9 Monate Gefängnis für die Angeklagten Wollermann und Mänhold, 6 Monate Gefängnis für die Angeklagten Pörschke, Jäschke, Piotrowski und Potreck. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Alle Verurteilten wurden sofort in Haft genommen.

Nach fast viermonatiger Schutzhaft ist in der Vorwoche der Führer der Deutschnationalen Volkspartei in Danzig, der frühere Senator und Volkstagsabgeordnete Dr. Kurt Blavier, nunmehr aus der Haft entlassen worden. Blavier hat während seiner Schutzhaft sein Volkstagsmandat niedergelegt, behält jedoch weiter seine Parteiämter und den Vorsitz des Danziger Haus- und Grundbesitzer-Vereins.

Nach Meldungen Danziger Blätter soll der vom Dreier-Komitee vorgeschlagene neue Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, Professor Dr. Burckhardt, Genf, dessen Ernennung bisher offiziell noch nicht bekanntgegeben worden ist, bereits in dieser Woche in Danzig eintreffen.

Der Terror in Danzig

Dieser Tage wurde in Danzig vor dem Schnellgericht ein Prozeß gegen 13 ehemalige Mitglieder des polizeilich aufgelösten Arbeiter-Turn- und Sportbundes in Danzig durchgeführt. Den Angeklagten wurde vorgeworfen, sie hätten die Absicht gehabt, die Tätigkeit der verbotenen Sozialdemokratischen Partei und des Arbeiter-Turn- und Sportbundes fortzuführen. Eine rein private Zusammenkunft der 13 Angeklagten in einem öffentlichen Lokal diente als Begründung der Anklage. Alle Angeklagten erklärten, daß bei der Zusammenkunft keinerlei Gespräche über Politik oder über Angelegenheiten der Arbeitersportler geführt worden seien. Ein Gegennachweis konnte auch von dem Staatsanwalt nicht erbracht werden.

Das Gericht fällt folgendes Urteil: 1 Jahr 6 Monate Gefängnis für den früheren Vorsit-

England erkennt das Hitlersystem

Späte, aber gründliche Einsichten

Wir haben bereits in unserem letzten Artikel kurz auf das Februarheft von »The Banker« hingewiesen, der repräsentativen Zeitschrift der englischen Finanz. Das Heft enthält eine umfassende Darstellung der vier Jahre nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik. Sie gründet sich auf die Arbeit vor allem deutscher Sachverständiger auf militärischem, finanziellem und industriellem Gebiet. Aber was uns entscheidend dünkt, ist nicht einmal so sehr die Darstellung im einzelnen, so wichtige Kenntnisse sie auch dem Ausland vermittelt, als vielmehr die außerordentliche Klarheit, mit der das Wesen der deutschen Diktatur erfaßt ist. Alle ihre Maßnahmen werden unter dem einheitlichen Gesichtspunkt oder Kriegsvorbereitung gesehen. Man habe darüber gestritten, ob die heutige deutsche Wirtschaft mehr Kapitalismus oder mehr Sozialismus sei. Manche seien der Ansicht, daß seit 1935 sozialistische Tendenzen mehr hervortreten, und manche Maßnahmen näherten sich in der Tat denen des Bolschewismus. Aber diese Auffassung entspricht nicht der vollen Wirklichkeit. Die Nazi haben jetzt ihre eigene ökonomische Theorie gefunden, die ihrer Ideologie entspricht — die Wehrwirtschaft. Sie habe sich im selben Maße entwickelt wie die Aufrüstung und sei nichts anderes, als die Wissenschaft, die bereits im Frieden die ganze Wirtschaft in den Dienst der totalen Kriegsbereitschaft umorganisiert. Kein anderes Land der Welt, — außer vielleicht noch bis zu einem gewissen Grade Rußland —, sei in der Unterwerfung der ganzen Wirtschaftspolitik unter militärische Prinzipien so weit gegangen wie Deutschland. Die Aufmerksamkeit des Auslandes müsse um so mehr auf diese Tatsache gelenkt werden, als die gegenwärtige deutsche Regierung entschlossen sei, in den nächsten Krieg, der nach der Auffassung der Nazi unvermeidlich sei, mit einer vollendeten militärischen und ökonomischen Organisation einzutreten, so daß nur ein möglichst geringer Aufwand zur Umstellung von den Friedens- auf die Kriegsverhältnisse notwendig wäre.

Das Rüstungsbudget

Diese Auffassung, die dem bei einem großen Teil der englischen Öffentlichkeit herrschenden Optimismus ein gründliches Ende zu bereiten geeignet ist, wird nun bei der Analyse streng festgehalten. Zunächst wird das deutsche Budget von 1932/33 einer eingehenden Analyse auf Grund von offiziellen deutschen Angaben unterzogen. Dem letzten offiziellen Budget von 1934/35 wird sogar eine detaillierte Aufstellung der Einnahmen und Ausgaben für die 20 Hauptabteilungen des deutschen Etats entgegengestellt und die Entwicklung in den einzelnen Jahren geschildert. Wir können nur einige der Schlußfolgerungen wiedergeben:

Die Gesamtausgaben des Reichsetats betragen:

1932—33	6,7 Milliarden RM
1933—34	9,7 " "
1934—35	12,2 " "
1935—36	16,7 " "
1936—37	18,8 " " (annähernd)

Die Rüstungsausgaben allein betragen:

1933—34	3,0 Milliarden RM
1934—35	5,5 " "
1935—36	10,0 " "
1936—37	13,6 " "

Summe in 4 Jahren: 31,1 Milliarden RM

Der »Banker« schildert die gefährlichen Finanzierungsmethoden, namentlich die Anhäufung der enormen schwebenden Schuld, die er auf etwa 16 Milliarden Mark, die Hälfte der Gesamtschuld, beziffert. (Wir selbst halten diese Angabe für zu niedrig, sie erklärt sich aber daraus, daß im wesentlichen die offiziellen Ziffern zu Grunde gelegt worden sind. Es handelt sich also um ein Minimum. So unlegbar dadurch die Inflationsgefahr gegeben sei, so könne sie durch die ungeheuren Mittel der Diktatur sicher noch eine Zeitlang aufgehalten werden. Aus demselben Grunde sei es falsch anzunehmen, daß Deutschland aus finanziellen Gründen in kurzer Zeit zu einer Verringerung seiner Rüstungsausgaben gezwungen sei. Die Macht der Reichsbank reiche aus, die Unterbringung der Reichstitel auf dem

Markt zu erzwingen. Das bedeute aber nicht, daß Deutschland nicht den Preis für seine enorme Rüstung zu zahlen haben werde. Dieser Preis bestehe schon jetzt in einer stetigen Erweiterung der Staatskontrolle, in dem raschen Verbrauch aller übernommenen Vorräte an Rohstoffen, Gold und Devisen und in einer langsamen, aber stetigen Verschlechterung der Lebenshaltung der Bevölkerung, verbunden mit einer steigenden ökonomischen Isolierung von der übrigen Welt.

Der Rüstungs-Bürokratismus

Eingehend wird die Staatskontrolle über die Wirtschaft geschildert. Als Hitler zur Macht kam, waren in Deutschland kaum tausend Personen mit der Ueberwachung der Devisenwirtschaft beschäftigt. Heute beträgt die Anzahl der mit der Aufsicht und Kontrolle der Zwangswirtschaft hauptberuflich beschäftigten Angestellten nicht weniger als 500.000. Dabei entbehrt das ganze System jeder Einheit und systematischen Koordination. Der deutsche Industrielle untersteht mindestens sechs verschiedenen Behörden, abgesehen von der politischen Beaufsichtigung durch die Partei. Die Häufung der Vorschriften ist geradezu verwirrend. In manchen Wochen werden 700 bis 1000 Spezialverordnungen herausgegeben. Einige von ihnen beziehen sich bloß auf ein oder zwei Betriebe, andere auf alle Betriebe in einer bestimmten Gegend, wieder andere auf eine ganze Industrie, noch andere sind ganz allgemein gehalten, ohne bestimmte Nutzenanwendung. So wird die geschäftliche Tätigkeit zu einem ununterbrochenen Kampf mit der Bürokratie. Die einfachsten Zahlungen dürfen nicht ohne offizielle Genehmigung erfolgen und sobald es sich um Devisen oder ausländische Rohstoffe handelt, wächst die Anzahl der auszufüllenden Formulare und die der einzuhaltenden Vorschriften ins Ungemessene. Dazu ein Beispiel: Ein bestimmtes Geschäft bezweckte den Ankauf von 10.000 Pfund Wolle gegen die Ausführung von deutschen Spielwaren. 680 Formulare mußten ausgefüllt werden und erst 18 Monate nach dem getätigten Abschluß waren die bürokratischen Formalitäten erledigt. Natürlich sind die großen Konzerne, wie der Farbentrustrust oder Siemens, durch die Reichsbank gegen die schlimmsten Folgen der Behördeeinmischung geschützt. Um so mehr leidet der Großhändler oder der mittlere Industrielle. Es ist unmöglich, die Kosten der Wirtschaftskontrolle genau anzugeben. Eine vertrauliche halboffizielle Schätzung der direkten Kosten beziffert die Jahresausgabe für Löhne und Bürokosten auf zwei Milliarden Mark. Die indirekten Kosten sind natürlich weit höher. Eine Umfrage einer südwestdeutschen Handelskammer bei mittleren Industriellen mit 100—200 Beschäftigten ergab, daß bis zu 75 Prozent der ganzen Schreibarbeit zur Erledigung der Kontrollvorschriften aufgewendet wurde. Die Durchschnittszahl der auszufüllenden Formulare für jede einzelne Transaktion betrug ungefähr 140. Bei alledem, so schließt dieser Abschnitt, hat diese Kontrolle nichts weniger zustande gebracht, als eine wirkliche Planwirtschaft. Sie hat nur die Tätigkeit des einzelnen Kaufmannes und Industriellen in einer Weise eingeschränkt, daß er heute unter allen Nachteilen der Staatseinmischung leidet, ohne einen einzigen ihrer möglichen Vorteile zu genießen. Er trägt das ganze Risiko des privaten Unternehmers, ohne die Freiheit zu haben, sein Privatkapital dort einzusetzen, wo eine genügende Rentabilität gesichert ist.

Sehr interessant sind auch die Kapitel, die Schachts Herrschaft über die Kreditinstitute, den Währungswirrwarr und namentlich den Mißerfolg der Darréschen Agrarpolitik schildern. In Übereinstimmung und Erweiterung mit der von uns bereits angeführten Beweisführung des »Economist« wird gezeigt, wie der Rohmaterialmangel und die Lebensmittelknappheit ausschließlich auf die Ueberspannung der deutschen Aufrüstung zurückgehen. Daran könnte die Abtretung von Kolonien nichts ändern: »Da das Uebel durch Deutschland selbst entstanden ist, kann auch nur Deutschland allein es zum Verschwinden bringen. Wenn Deutschland

seine Rüstungsausgaben auf das englische oder französische Niveau herabsetzen wollte, gäbe es kein deutsches Rohstoffproblem. Eine Reduktion der Ausgaben um die Hälfte würde Deutschland noch immer ein ungeheures Rüstungsbudget belassen. Aber alle seine Rohstoff- und Lebensmittelschwierigkeiten hätten ein Ende.«

England erwacht

Politisch am wichtigsten sind jedoch die Schlußfolgerungen, die sich mit aller Entschiedenheit gegen die »kleine, aber einflußreiche Gruppe, die in der Londoner City eine ständige Propaganda zugunsten von Krediten für Deutschland macht«, richten. Ihre Meinung, daß man Deutschland den Krieg gleichsam abkaufen könne, sei ebenso lächerlich wie die andere, daß man Deutschland vor dem Kommunismus rette, indem man eine grausame und treulose Despotie unterstütze. Es werde immer deutlicher, daß die deutschen Diktatoren, die jetzt mit den Lebensmitteln ihr Spiel treiben, sich darauf vorbereiten, mit dem Leben ihres Volkes zu spielen. Das bedeute eine ungeheure Gefahr für den Frieden. Aber wenn die englische Regierung und die anderen Mächte, die für Frieden und Freiheit eintreten, ihre Verteidigung verstärken und eine feste, entschlossene Diplomatie verfolgen, werden die Gefahren der deutschen Wiederaufrüstung auf das deutsche Volk selbst zu-

rückfallen. Göring behaupte, die Deutschen wollten lieber Kanonen als Butter. Niemand, der die deutschen Verhältnisse wirklich kennt, werde diese Gangsterlogik akzeptieren. Im Gegenteil, die Zeichen der Unruhe in den deutschen Betrieben mehrten sich. Deutschland mag den Ausweg im Krieg suchen, aber augenblicklich sei es noch nicht fertig und in dem letzten halben Jahr haben die Nationen, die zur Beute des deutschen Militarismus werden sollen, die tödliche Gefahr erkannt. Gegen eine Kombination der friedliebenden Mächte unter Führung von England und Frankreich wäre die deutsche Armee zu schwach. Aber diese Armee sei bisher ein sehr geeignetes Instrument für eine Politik der Erpressung. Was soll England angesichts der deutschen Erpressungsversuche tun? Jede finanzielle oder territoriale Konzession an das gegenwärtige deutsche Regime würde die Tyrannei der Gangster verewigen, die Europa in ein waffenstarrtes Lager verwandelt haben. In der Erkenntnis, daß Friede und Nazimethoden miteinander unvereinbar seien, dürfen wir einem Lande, das von Männern regiert wird, die die Gewalt verherrlichen, und nicht gezögert haben, den Mord als ein Mittel der inneren und auswärtigen Politik zu gebrauchen, keine Konzessionen zu machen.

Es ist gut, daß man in der City zu dieser Erkenntnis gelangt ist und noch besser, daß die englische Regierung die Konsequenzen zieht, indem sie die Summe von 1 1/2 Milliarden Pfund, fast 20 Milliarden RM für die Rüstungen der nächsten 5 Jahre bereitstellt.

Dr. Richard Kern.

Und so verbringst du deine kurzen Tage ...

Wir lesen in der in Berlin erscheinenden Zeitschrift »Der Wirtschaftsring« (früher unter dem Namen »Der Ring« als Organ des »Herrenklubs« bekannt):

»Am vergangenen Mittwoch gab der Führer zu Ehren der bei ihm beglaubigten fremden Missionschefs ein Abendessen, an dem sämtliche in Berlin anwesenden Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger teilnahmen.

Am Donnerstagnachmittag stand die Berliner Innenstadt im Zeichen einer Kundgebung der deutschen Eisenbahner. Etwa 20.000 Berliner Eisenbahner waren in der Wilhelmstraße und am Wilhelmplatz aufmarschiert, um dem Führer den Dank abzustatten für die am 30. Januar erfolgte Rückführung der Reichsbahn unter die Hoheit des Reiches. Zum ersten Male hielt der Führer von dem Balkon der Reichskanzlei aus eine Ansprache.

Am Freitagnachmittag empfing der Führer den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und den Vertreter der Gefolgschaft der Reichsbank. Sie überreichten dem Führer eine Urkunde, in der die Gefolgschaft der Reichsbank ihre Freude und ihren Dank über die Befreiung der Reichsbank von den letzten internationalen Bindungen zum Ausdruck bringt.

Der peinliche Frieden

Im »Westene«, Berlin, lesen wir:

»In den sogenannten Nachkriegsjahren wollte niemand mehr etwas vom Krieg wissen, sofern er nicht gerade Ententegeneral oder Rüstungsfabrikant war. Internationale Ligen gegen den Krieg wurden gegründet, Idealisten wollten am liebsten, daß alle Waffen zertrümmert würden, sie sagten, alle Menschen seien Brüder. Man wurde das peinliche Gefühl nicht los, daß dereinst sich nur noch Brüder in den Haaren liegen würden. Auseinandersetzungen in der Verwandtschaft sind doch immer viel peinlicher als mit fremden Leuten.«

Jetzt natürlich kann von peinlichen Gefühlen gar keine Rede mehr sein. Die Idealisten, die von Völkerverbrüderung träumten, wurden in Deutschland erschlagen oder aus Deutschland verjagt, die Mitarbeiter der gleichgeschalteten Blätter haben sich umgestellt, die Rüstungsfabrikanten brauchten sich nicht umzustellen, und

»das Thema vom Unsinn des Krieges und der katastrophalen Bedeutung einer neuen blutigen Auseinandersetzung für Europa wurde in neuer Beleuchtung aufgerollt. Auf jeden Fall wechselte man stürmische Friedensbezeugungen. Man erkannte, daß der deutsche Grundsatz: Macht gleich beste Friedenssicherung — die bessere Friedensparole ist. Gerüstet steht man sich nun gegenüber — und schüttelt sich um so achtungsvoller die Hand.«

Wie in den vergangenen Jahren war auch dieses Jahr die Ausstellung »Grüne Woche« und das Internationale Reit- und Fahrturnier ein großer Erfolg, was sich in den wachsenden Besucherzahlen dokumentiert. Das Turnier erreichte am Sonnabend nachmittag mit dem »Preis von Deutschland«, zu dem der Führer einen Ehrenpreis gestiftet hatte, seinen Höhepunkt. Wie schon in den letzten Jahren wohnte Adolf Hitler auch diesmal diesem schweren Jagdspringen bei. Neben dem Führer sah man in der Ehrenloge die Reichsminister Göring, Dr. Frick, Dr. Göbbels, Kerrl, Rust, Darré und Seidte, ferner Generaloberst von Fritsch, die Staatssekretäre General Milch und Dr. Lammer und Reichsportführer von Tschammer und Osten.

Am Abend des Sonnabends fand in Berlin der traditionelle Presseball statt, der seine Form insofern gewandelt hat, als erstmalig künstlerische und kabarettistische Leistungen den Gästen geboten wurden.

Der Führer und Reichskanzler wohnte dem von Wilhelm Furtwängler geleiteten Winterhilfskonzert der Philharmoniker bei, ferner Ministerpräsident Göring, die Minister Neurath und Göbbels.

Eine nüchterne, objektive, boshafte Berichterstattung.

Oder man schüttelt den Kopf und fragt sich: macht sich das Berliner Blatt nun über sich selbst lustig oder über die Friedensrederei der deutschen Anführer — oder über das Propagandaministerium, das ein derart deutliches Gemecker als Patriotismus passieren läßt?

Deutsche Kurzberichte

Aus dem Geschäftsbericht der deutschen Girozentrale — Deutsche Kommunalbank — geht hervor, daß von den rund 4,2 Milliarden RM kurzfristigen Schulden des Reiches und der Reichsbahn, die seit dem Frühjahr 1935 in 4 1/2 prozentige Anleihe umgewandelt worden sind, bis Ende 1936 allein etwa 1,5 Milliarden RM von den deutschen Spar- und Girokassen übernommen worden sind.

Die Schultheiß-Patzenhofer Brauerei A.-G. in Berlin konnte von 1932 bis 1936 ihren Bruttoertrag von 61,6 Millionen auf 76,9 Millionen RM erhöhen. Die Steigerung beträgt mehr als 25 Prozent; die Löhne und Gehälter weisen in der gleichen Zeit eine Steigerung von etwas mehr als 12 Prozent auf, nicht infolge Erhöhung der Einzellöhne, sondern infolge höherer Beschäftigtenziffer und Erhöhung der Aufsichtsratsentschädigung.

Moskauer Prozeßgeheimnisse

Enthüllungen eines führenden Bolschewisten über die politischen und psychologischen Hintergründe der Moskauer Prozesse und die Ausrottung der alten Bolschewisten

I. Der Sieg der Generallinie und der neue Kurs

Das in Paris erscheinende Zentralorgan der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands »Socialisticheski Vestnik« (»Der Sozialistische Bote«) veröffentlicht in seinen Nummern vom 22. Dezember 1936 und vom 17. Januar 1937 (Nr. 23/24 und Nr. 1/2) den Brief eines nichtgenannten alten Bolschewisten, der grelles Licht auf die Strömungen und Kämpfe innerhalb der regierenden Schicht der Sowjetunion wirft. Wir geben dieses aufschlußreiche Dokument, das die Hintergründe der russischen Politik der letzten Jahre aufdeckt, in wortgetreuer Uebersetzung wieder.

Wenn man sagt, daß der Prozeß gegen Sinowjew, Kamenew, Smirnow usw. uns hier auf das heftigste traf, so heißt das nur eine schwache Vorstellung von dem zu geben, was wir vor kurzem durchgemacht haben und noch heute durchmachen. Es handelt sich hier natürlich nicht um die Stimmungen des sogenannten »Sowjetbürgers«. Dieser hat im allgemeinen die Nase voll von jeder Politik und träumt von nichts anderem, als davon, daß man ihn in Ruhe läßt und sein Dasein nicht stört. Es handelt sich vielmehr um die Stimmung jener Schicht, die noch vor kurzem der Auffassung war, daß sie allein das Recht habe, sich mit Politik zu beschäftigen — es handelt sich sozusagen um die Stimmungen des Offizierskorps der herrschenden Partei.

Die Stimmung in diesen Kreisen war im letzten Frühjahr und Sommer ruhig und behaglich, wie schon lange nicht zuvor. Rückschauend stellen jetzt allerdings viele nicht wenig beunruhigende Symptome fest. Aber das alles ist nachträgliche Weisheit. Damals jedoch herrschte überall die Ueberzeugung vor, daß die schwerste Zeit vorüber sei, und daß vor uns eine Periode eines zwar langsamen, aber jedenfalls unzweifelhaften Aufstiegs sowohl in wirtschaftlicher wie in politischer Hinsicht liege. Die Bedeutung der neuen Verfassung hat niemand überschätzt. Man wußte, daß sie im großen und ganzen durch die Anforderungen der politischen Kriegsvorbereitungen gezeitigt worden ist. Aber allgemein herrschte der Gedanke vor, daß gerade diese Anforderungen in absehbarer Zeit heftige Ausbrüche des Terrors unmöglich machen und die allgemeine Lage einigermaßen stabilisieren würden.

Dies alles schuf die Stimmung einer gewissen Sicherheit für die nächste Zukunft, und mit dieser Sicherheit gingen wir in den Sommerurlaub, der in unserem Leben eine so wichtige Rolle spielt wie nie zuvor in früheren Zeiten. Nicht umsonst ist bei uns das Scherzwort verbreitet, daß das Urlaubsrecht bei uns das einzige durch die Revolution eroberte Recht sei, das selbst Stalin nicht wagen würde, den Partei- und Sowjetwürdenträgern zu rauben. Anfang August wurde bekannt, daß ein Teil der Mitglieder des Politbüros verreist sei, daß bald auch Stalin verreise, und daß jene tote Saison anbreche, wo keinerlei wichtige Beschlüsse bei uns angenommen und keinerlei wichtige Ereignisse erwartet werden.

Nun kam statt der toten Saison ein Prozeß, wie er selbst bei uns niemals stattgefunden hat. Erst jetzt beginnen wir zu uns zu kommen und allmählich zu verstehen, was eigentlich vorgefallen ist. Es wird hierbei klar, daß das Vorgefallene keineswegs zufällig war. Zufälle gibt es bei uns überhaupt viel weniger als es dem Außenseiter scheinen mag.

Unter den Vermächtnissen Lenins gibt es kaum eines, das bisher so eifrig von unserer »Parteileitung« eingehalten wurde, als sein dringender Rat, nicht die Fehler der Jakobiner zu wiederholen und nicht den Weg der gegenseitigen Selbstvernichtung zu beschreiten. Es galt als selbstverständlich, daß man im Kampf gegen die Partioopposition alles mögliche unternehmen dürfe, aber nur keine Erschießungen. Allerdings gab es in dieser Beziehung einige Ausnahmen von der Regel: man hat Blumkin erschossen man hat fer-

ner einige Trotzlisten exekutiert, die sich im Auftrage ihrer Organisation in die Geheimabteilung der GPU eingeschlichen hatten und ihre Genossen über die Veräter in ihrem Kreise und über bevorstehende Verhaftungen unterrichteten. Aber alle diese Erschießungen wurden allseits als außerordentliche Maßnahmen angesehen, die nicht wegen Beteiligung an den inneren Partekämpfen, sondern wegen Verrats der dienstlichen Pflichten angewendet wurden. Derartige Vergehen hat die Sowjetgewalt stets strenger bestraft: so wurde bei uns im Jahre 1924-1925 ein Menschewist erschossen, der sich ins Sekretariat des Zentralkomitees eingeschlichen und irgendwelche Dokumente für den »Sozialistischen Boten« entwendet hatte. Gleichzeitig jedoch wurde die Frage nach der Anwendung der Todesstrafe gegenüber den Menschewisten selbst während des sogenannten »Menschewistenprozesses« (1931) niemals ernstlich gestellt.

Die Affäre Rjutin

Zum ersten Male wurde die Frage der Todesstrafe wegen Teilnahme an der innerparteilichen oppositionellen Tätigkeit in Verbindung mit der Affäre Rjutin aufgerollt. Das war Ende 1932, als die Situation im Lande ähnlich war wie zur Zeit des Kronstädter Aufstandes (1921). Es gab allerdings keine wirklichen Aufstände, aber viele sagten damals, es wäre besser, wenn man einen offenen Aufstand vor sich hätte. Die Hälfte des Landes war von einer heftigen Hungersnot betroffen. Auch alle Arbeiter saßen auf Hungerration. Die Produktivität der Arbeit war stark gesunken, und es gab keine Möglichkeit, sie zu heben, denn es handelte sich nicht etwa um Böswilligkeit der Arbeiter, sondern um die physische Unmöglichkeit, gut zu arbeiten, wenn der Körper durch Hunger erschöpft ist. In den weitesten Kreisen der Partei sprach man einzig und allein nur darüber, daß Stalin durch seine Politik das Land in eine Sackgasse geführt habe: er habe eine Kluft zwischen der Partei und den Bauern aufgerissen, und man könne aus dieser Lage nur herauskommen, wenn man Stalin von seinem Posten beseitige. In diesem Sinne sprachen sich viele einflußreiche Mitglieder des Zentralkomitees aus, und es hieß, daß selbst im Politbüro eine Mehrheit gegen Stalin vorhanden sei. Die Frage: Was tun?, die Frage: Welches Programm man an die Stelle der Stalinschen Generallinie setzen müsse? wurde überall, wo Parteifunktionäre zusammenkamen, erörtert. Kein Wunder, daß eine ganze Reihe aller möglichen Plattformen und Deklarationen von Hand zu Hand gingen. Stärkste Beachtung fand hierbei die Plattform Rjutins. Diese Plattform trug einen scharf ausgeprägten bauernfreundlichen Charakter, indem sie die Forderung aufstellte, daß man die Kolchosen auflösen und den Bauern die Möglichkeit der wirtschaftlichen Selbstbestimmung geben solle. Aber nicht allein das lenkte die Aufmerksamkeit auf diese Plattform, denn lauernfreundlich waren damals nicht nur die Plattformen der »Rechten« (wie z. B. die Plattform Slepikows), sondern auch der kürzlichen »Linken«, der Trotzlisten, die im Grunde genommen die politische Verantwortung für die ganze »Generallinie« trugen, da gerade sie ihre ersten Ideologen waren. Aus der Reihe der übrigen Plattformen ragte die Plattform Rjutins wegen ihrer persönlichen Zuspitzung gegenüber Stalin hervor. Von den 200 Schreibmaschinenseiten, die sie umfaßte, waren mehr als fünfzig der persönlichen Charakteristik Stalins, der Würdigung seiner Rolle in der Partei und der Begründung der These gewidmet, daß ohne Beseitigung Stalins weder eine Gesundung der Partei, noch des Landes möglich sei. Diese Seiten waren mit großer Kraft und Schärfe geschrieben und machten einen starken Eindruck auf den Leser, indem sie Stalin als eine Art bösen Geistes

der russischen Revolution schilderten, der getrieben von persönlicher Herrschsucht und Rachgier die Revolution an den Rand des Abgrundes gebracht habe.

Gerade diese Seiten sicherten den Erfolg für die Plattform Rjutins, sie waren es auch, die das spätere Schicksal ihres Autors bestimmten. Man sprach viel über die Plattform. Darum war es kein Wunder, daß sie sehr bald auch auf dem Tische Stalins lag. Es setzten Verhaftungen und Haussuchungen ein, wobei nicht nur diejenigen verhaftet wurden, die in irgend einer Beziehung zur Verbreitung der Plattform Rjutins standen, sondern auch alle jene, die an der Verbreitung aller übrigen Dokumente teilgenommen hatten. Rjutin, der damals entweder in der Verbannung oder im Gefängnis saß (wo auch seine Plattform niedergeschrieben wurde), wurde nach Moskau transportiert und gab beim Verhör seine Autorschaft zu. Die Frage über sein Schicksal wurde im Politbüro entschieden, denn die GPU hatte sich (natürlich im Auftrage Stalins) für die Todesstrafe entschieden, und Rjutin gehörte zu jenen alten und verdienten Parteifunktionären, denen gegenüber das Vermächtnis Lenins die Anwendung der Todesstrafe nicht gestattet.

Es verlaute damals, daß die Debatten im Politbüro einen sehr heftigen Charakter trugen. Stalin unterstützte den Antrag der GPU. Sein stärkstes Argument war sein Hinweis auf das Anwachsen terroristischer Stimmungen in der Jugend, darunter auch im kommunistischen Jugendverband (Komsomol). Die Berichte der GPU strotzten von Mittellungen über derartige Unterhaltungen in den Kreisen der proletarischen und studentischen Jugend im ganzen Lande. Sie registrierten auch nicht wenige terroristische Akte, die von Angehörigen dieser Schichten gegenüber relativ untergeordneten Vertretern der Partei- und Sowjetobrigkeit verübt wurden. Gegenüber derartigen Terroristen, mochten sie auch dem Komsomol angehören, schreckte die Partei nicht vor der Anwendung des »höchsten Strafmaßes« (d. h. der Todesstrafe) zurück. Stalin wies nun darauf hin, daß es politisch unrichtig und unlogisch sei, wenn man die Vollstrecker so grausam bestrafe, während man diejenigen schone, deren politische Propaganda diese Praxis stützte, bloß mit dem Unterschied, daß sie nicht Kleinigkeiten forderte, sondern den Schlag gegen die Spitze selbst. Denn die Plattform Rjutins, so erklärte Stalin, sei nichts anderes als die Begründung der Notwendigkeit, ihn, Stalin, zu ermorden.

Wie sich damals die Stimmung im Politbüro verteilte, weiß ich heute nicht mehr. Ich entsinne mich nur, daß sich am entschiedensten Kirow gegen die Todesstrafe aussprach, dem es denn auch gelang, die Mehrheit des Politbüros für sich zu gewinnen. Stalin war vorsichtig genug, die Angelegenheit nicht zum Konflikt zu treiben. Das Leben Rjutins wurde damals gerettet: er wurde damals für viele Jahre in eines der strengsten Gefängnisse gesteckt, wo er sich in Einzelhaft befindet. Es war aber allen klar, daß jene großen Fragen, die mit dieser kleinen Angelegenheit aufgerollt waren, wieder in dieser oder jener Form vor dem Politbüro auftauchen würden.

Sie tauchten in der Tat wieder auf, aber in einer ganz anderen Situation als es die des Winters 1932/33 war.

Die Neuorientierung der Politik

Der Sommer und Herbst 1933 waren für die Sowjetunion eine Periode des Umbruchs, und zwar gleichzeitig in der inneren wie in der äußeren Politik.

Die Ernte des Jahres 1933 kam für alle — das muß man jetzt anerkennen — vollkommen unerwartet. Kaum jemand hatte erwartet, daß es bei dem damaligen

Ruin gelingen würde, die Felder zu bestellen und das Getreide einzubringen. Dies war zweifellos das Verdienst Stalins, der eine selbst bei ihm ungewöhnliche Energie entfaltete und alle Zwang, bis zur Erschöpfung zu arbeiten. Er begriff zweifellos, daß der Sommer 1933 die Entscheidung für ihn bringen müßte: würde die wirtschaftliche Lage nicht verbessert, so würde die Empörung gegen ihn diesen oder jenen Ausweg finden. Als es sich nun herausstellte, daß die Ernte gut sei, trat in den Partekreisen ein psychologischer Umschwung ein. Im Grunde genommen gewannen weite Kreise der Partei erst jetzt die Ueberzeugung, daß die Generallinie wirklich siegen könne und nachdem sie diesen Glauben gewonnen, änderten sie ihre Haltung gegenüber Stalins, mit dessen Namen diese Linie untrennbar verbunden war. »Stalin hat gesiegt«, sagten selbst diejenigen, die noch gestern gebeten hatten, daß man ihnen die Plattform Rjutins zur Lektüre verschaffen möge. Um so dringlicher wurde damals die Frage, welche Wirkung die Besserung der wirtschaftlichen Lage für die Politik haben werde.

Die Lage wurde noch dadurch kompliziert, daß zu gleicher Zeit die Grundfragen der Außenpolitik in ihrem vollen Umfange aufgerollt wurden. In den ersten Monaten nach dem Machtantritt Hitlers schlen es hier vielen, daß das Dritte Reich nur eine flüchtige Episode in der Geschichte Deutschlands sein werde, und daß Hitler sich kaum einige Monate halten werde, nach denen ein furchtbarer Zusammenbruch und die Revolution folgen würden. Kaum jemand hielt es für möglich, daß die »Imperialisten« Englands und Frankreichs ihrem »Erbfeind« gestatten würden, sein Aufrüstungsprogramm durchzuführen, und die Phrasen Hitlers über den Feldzug gegen die Sowjetunion nahm man bei uns nicht ernst. Nur sehr langsam dämmerte die Erkenntnis auf, daß die Lage weit ernster sei als man glauben wollte, daß man Präventivmaßnahmen gegen Hitler im Westen nicht erwarten könne, und daß die Vorbereitung eines Feldzuges gegen Rußland in vollem Gange sei.

Einen starken Eindruck machten die Angaben der Untersuchungen über die deutsche Propaganda in der Ukraine und insbesondere die Ergebnisse der Untersuchung über die sogenannte »Homosexuellen-Verschöpfung«. Diese Verschöpfung, die Ende 1933 aufgedeckt wurde, bestand in folgendem: Einer der Gehilfen des deutschen Militär-Attachés, ein Günstling des Hauptmanns Röhm, trat mit homosexuellen Kreisen Moskaus in Verbindung und schuf unter dem Deckmantel dieser Firma, die damals bei uns vollkommen legal war, ein ganzes Netz für die nationalsozialistische Propagandarbeit. Die Fäden gingen auch in die Provinz — nach Leningrad, Charkow und Kiew; in die Angelegenheit waren viele Vertreter der literarischen und künstlerischen Welt verwickelt: der persönliche Sekretär eines sehr angesehenen Künstlers, der durch seine homosexuellen Neigungen bekannt war, ferner ein bedeutender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Lenin-Institutes, der bereits einige wissenschaftliche Arbeiten veröffentlicht hatte, usw. Diese Verbindungen wurden von den Deutschen nicht nur zur Gewinnung militärischer Informationen, sondern auch zur Zersetzung der Sowjet- und Partekreise ausgenutzt. Die Ziele, die sich die Leiter dieser Verschöpfung setzten, gingen so weit, daß auch die Leiter der Sowjetpolitik weiter in die Zukunft blicken mußten. So entstand allmählich jener Umschwung in der Außenpolitik, der kurz danach zum Eintritt in den Völkerbund und zur Schaffung der Volksfront in Frankreich führten.

Dieser Umschwung setzte sich naturgemäß nicht ohne heftige Auseinandersetzungen durch. Es war nicht leicht, das Beharrungsvermögen der früheren Orientierung zu überwinden, daß man mit den

Deutschen, selbst mit den rechtsstehenden, zusammengehen müsse, um die Macht der Siegerstaaten zu sprengen. Dies um so mehr, als die Orientierung in der Richtung der westeuropäischen demokratischen Parteien untrennbar verbunden war, mit starken Wandlungen auch in der inneren Politik. Gerade in dieser Zeit trat besonders Kirow in den Vordergrund.

Die Rolle von Kirow

Kirow spielte im Politbüro überhaupt eine beachtliche Rolle. Er war ein »hundertprozentiger« Anhänger der Generallinie und zeichnete sich durch Unbeugsamkeit und Energie bei ihrer Durchführung aus. Das veranlaßte Stalin, ihn außerordentlich hoch einzuschätzen. Aber in seiner Haltung war stets eine gewisse Neigung zur Selbstständigkeit, die Stalin erbitterte. Man hat mir mitgeteilt, daß Stalin, unzufrieden durch die Opposition Kirows in irgend einer speziellen Frage, ihm im Verlauf einiger Monate unter dem Vorwand, daß Kirow in Leningrad unabhkömmlich sei, nicht zu den Sitzungen des Politbüros nach Moskau einlud. Aber schärfere Maßnahmen gegen ihn zu ergreifen, wagte Stalin dennoch nicht, denn zu groß waren die Kreise der Unzufriedenen, als daß man leichten Herzens wagen durfte, einen so bedeutenden Parteifunktionär wie Kirow diesen Reihen zuzuführen. Dies um so mehr, als Kirow es verstanden hatte, sich in Leningrad mit Personen zu umgeben, die ihm vollkommen ergeben waren, und ein neuer Konflikt mit den Leuten in Leningrad zu ernsteren Folgen führen konnte als in den Zeiten Sinowjewa. Im Winter 1933/34 war die Lage Kirows so befestigt, daß er sich erlauben durfte, in gewissem Maße eine selbstständige Linie einzuhalten. Diese Linie bestand nicht nur in einer konsequenteren Durchführung der sogenannten »westlichen Orientierung« in der äußeren Politik, sondern auch in der Anwendung dieser neuen Orientierung in der inneren Politik.

Die Frage, welche Schlußfolgerungen man aus dieser Orientierung in der inneren Politik ziehen müsse, stand bei uns so: Sowie der kriegerische Konflikt unvermeidlich war, müsse man sich für ihn nicht nur auf rein militärischem Gebiete durch Schaffung einer starken Armee usw. vorzubereiten, sondern auch auf politischem Gebiete rüsten, indem man die notwendige Stimmung im Hinterlande schuf. Auf diesem Gebiete waren zwei Wege möglich: entweder man setzte die frühere Linie der unbarmherzigen Unterdrückung aller Andersdenkenden, die konsequente Verstärkung des administrativen Drucks, wenn nötig sogar unter Verschärfung des Terrors, fort, oder aber man machte den Versuch einer »Aussöhnung mit der Sowjetöffentlichkeit«, d. h. man versuchte die letztere zur politischen Vorbereitung des Hinterlandes für den kommenden Krieg freiwillig heranzuziehen. Als die bedeutendsten und überzeugtesten Anhänger dieser zweiten Linie traten Gorki und Kirow hervor. Ueber die Rolle Gorkis, die in unserem Leben sehr groß war, müßte man besonders sprechen, um so mehr, als man jetzt, nach seinem Tode, darüber offener als bisher sprechen kann. Das ist ein besonderes und sehr wichtiges Thema. Gorki hat einen starken, und man muß sagen auch wohlwärtigen Einfluß auf Stalin ausgeübt. Aber Gorki war bei all seinem Einfluß nicht Mitglied des Politbüros und nahm nicht unmittelbar teil an der Ausarbeitung seiner Beschlüsse. Um so größer war die Rolle Kirows.

Kirow trat als Verteidiger der Idee des allmählichen Abbaus des Terrors, des allgemeinen und des innerparteilichen, ein. Man darf die Bedeutung seiner Vorschläge nicht überschätzen. Man darf nicht vergessen, daß Kirow einer jener Führer der Partei in der Zeit des ersten Fünfjahresplanes war, die die unseligen Feldzüge gegen das Dorf, die Feldzüge gegen die sogenannten »Kulaken« anregten und durchführten; in seinem unmittelbaren Machtbereich lagen die Küstengebiete von Kamj und Murman mit ihren Zwangsarbeitslagern; ihm war auch der Bau des Kanals von der Ostsee zum Weißen Meer unterstellt. Diese Hinweise genügen, um zu erkennen, daß man ihm keineswegs eine besondere Zimperlichkeit bei der Behandlung von Menschenleben nachsagen kann. Aber in dem Kreis, in dem er agierte, war das für ihn ein großes Plus: Nachdem sein Teil der Verantwortung für die Schrecknisse des ersten Fünfjahresplanes auf sich genommen hatte, konnte er mit um so größerer Kühnheit dafür eintreten, daß der Terror in der

Periode des zweiten Fünfjahresplanes gemildert wurde.

Sein Gedankengang war hierbei ungefähr folgender: Die Periode der Zerstörung, die notwendig war, das Element des kleinen Eigentümers im Dorfe zu zerstören, ist jetzt abgeschlossen. Die wirtschaftliche Lage der Kolchosen (d. h. der Kollektivwirtschaften) ist gesichert. Sie kann sich in Zukunft nur noch verbessern. Dies schafft eine sichere Basis für die weitere Entwicklung des Landes: in dem Maße, wie die wirtschaftliche Lage des Landes sich bessern werde, würden die breiten demokratischen Schichten der Bevölkerung sich mehr und mehr mit der Regierungsgewalt aussöhnen. Der Kreis der »inneren Feinde« werde mehr und mehr zusammenschmelzen, und die Aufgabe der Partei bestehe nun darin, die Sammlung der Kräfte zu fördern, die fähig wären, sie in dieser neuen Phase des wirtschaftlichen Ausbaues zu unterstützen und die Basis zu erweitern, auf die sich die Sowjetgewalt stützen könnte. Im besonderen trat Kirow als entschiedener Anhänger der Aussöhnung mit allen jenen Elementen der Partei auf, die in der Periode des Kampfes für den Fünfjahresplan in die Opposition getrieben worden waren und die jetzt nach Abschluß der »destruktiven« Entwicklungsperiode bereit waren, die neuen Grundlagen zu akzeptieren. Es heißt, daß er in einer seiner Rede erklärt hat: »Wir haben jetzt keine unversöhnlichen Feinde mehr, die eine ernstliche Macht darstellen.« Alle alten Gruppen in der Partei seien in der Periode des Kampfes um den Fünfjahresplan auseinandergefallen und man brauche ernstlich mit ihnen nicht zu rechnen. Was jedoch die neuen Gegner betreffe, die in dieser letzten Periode aufgetaucht seien, so gebe es mit wenigen Ausnahmen unter ihnen niemand, mit dem man sich nicht verständigen könne, wenn man eine Politik der Versöhnung durchführen werde.

Diese Propaganda Kirows (die im wesentlichen und vielleicht mit noch größerer Kraft von Gorki betrieben wurde) hatte großen Erfolg in den Spitzen der Partei. Man darf nicht glauben, daß diesen letzteren die Anspannung in der Periode des ersten Fünfjahresplanes leicht gefallen ist. Die Greuel, von denen die Feldzüge gegen das Dorf begleitet waren, — von diesen Greueln hat man draußen nur eine schwache Vorstellung, aber die Spitzen der Partei waren fortgesetzt über alles unterrichtet —, wurden von vielen äußerst schmerzhaft empfunden. Man hat mir einen Vorfall berichtet, der in dieser Beziehung sehr aufschlußreich ist. Ich glaube, es war gegen Ende 1932, als in Leningrad eine Versammlung der literarischen Jugend abgehalten wurde, zu der auch Kalinin eingeladen war. Diese Versammlung fiel mit einem Jubiläum der GPU, ich glaube mit der Fünfzehnjährfeier der Gründung der Tschecha (der Vorgängerin der GPU) zusammen. Es ist sogar möglich, daß diese Versammlung mit diesem Jubiläum unmittelbar zusammenhing. Jedenfalls wurden in der Versammlung viele Gedichte vorgetragen, die der Tschecha gewidmet waren. Die durchgehende Note in diesen Versen war der an die Tschecha gerichtete Wunsch: »Möge ihre Faust noch erbarmungslos niederhauen.« Böse Zungen behaupten, daß Kalinin an diesem Abend etwas viel geklungen hatte. Wenn das stimmt, so zeigt das nur das eine, daß der Alkohol die Hemmungsorgane Kalinins geschwächt und ihm die Kühnheit gegeben hatte, offener als sonst zu sprechen, — aber alle Teilnehmer der Versammlung bestätigten einmütig, daß seine Rede wirklich wie der Schrei eines verwundeten Herzens klang. Nach einem der blutrünstigsten Verse erhob er sich während des Vortrages des Autors und begann fast mit Tränen in den Augen darüber zu sprechen, daß man zwar zuweilen gezwungen sei, den Terror auszuüben, daß man ihn aber niemals verherrlichen dürfe. »Das ist unsere Tragödie«, rief er aus, »daß wir gezwungen sind, derartige grausame Maßnahmen zu ergreifen, aber wir wünschen nichts so sehnlich, als die Möglichkeit zu haben, den Terror preiszugeben. Deshalb darf man nicht die Grausamkeit der Tschecha verherrlichen, sondern man muß den Wunsch aussprechen, daß baldigst die Zeit kommen möge, wo die »rächende Hand« der Tschecha zum Stillstand gelangen könne.« Diese Rede übte damals eine starke Wirkung aus, und man sprach darüber nicht nur in den literarischen Kreisen Leningrads, sondern auch in Moskau. Es heißt, daß Kalinin dafür einen mächtigen »Anschauer« erhielt. Jedenfalls zeigt

dieser Vorfall, weshalb jene Leute, die den ersten Fünfjahresplan durchführten, so eifrig den Gedanken aufgegriffen, daß der Terror abgeschwächt werden könne, wenn einige objektive Voraussetzungen dafür vorhanden wären. Kirows Erfolg war ungeheuer, und dies um so mehr, als Stalin gegen seine Ideen offen nicht opponierte, sondern nur die praktischen Schlußfolgerungen daraus abschwächte. Es heißt, daß diese Haltung Stalins dem Einfluß Gorkis zuschreiben war, der damals seinen Höhepunkt erreichte.

Unter dem Einfluß dieser Ideen wurden schon im Sommer 1933 — gleich nachdem die Ernteerträge annähernd festgestellt waren, — Kamenew, Sinowjew und viele andere frühere Oppositionelle in ihren Parteirechten wieder hergestellt, wobei ihnen gestattet wurde, sich eine Arbeit nach Belieben auszusuchen und einige von ihnen sogar zum Parteikongreß im Februar 1934 eingeladen wurden.

Der Kongreß von 1934 und der neue Kurs

Kirow erschien auf diesem Kongreß als eine Art Sieger. Seine Wahl in Leningrad war von einem Triumphzug wie kaum eine andere Wahl begleitet: Die Bezirkskonferenzen in Leningrad waren an einem und demselben Tage einberufen und Kirow fuhr von einer zur anderen, überall mit feierlichen Ovationen und Rufen begrüßt: »Es lebe unser Kirow!« Es war alles getan worden, um zu demonstrieren, daß hinter Kirow das gesamte Proletariat Leningrads stehe. Auch auf dem Kongreß selbst wurde Kirow feierlich begrüßt. Als er im Sitzungssaal erschien, wurden ihm Ovationen dargebracht. Und als er seinen Bericht erstattete, begrüßte und begleitete man ihn stehend. In den Couloirs des Kongresses wurde damals gestritten, wer mehr Ovationen erhalten hatte: Stalin oder Kirow? Das war natürlich eine Uebertreibung, denn Stalin wurde jedenfalls imposanter begrüßt als Kirow. Aber schon die Tatsache, daß man diese Ovationen miteinander verglich, zeigt, welche Rolle Kirow auf dem Kongreß gespielt hat.

Kirow wurde nicht nur in das Politbüro wiedergewählt, sondern auch zum Sekretär des Zentralkomitees nominiert. Seine Uebersiedlung nach Moskau stand bevor, wo er eine ganze Reihe von Abteilungen des Parteisekretariats übernehmen sollte, die bis dahin von Postyschew oder Kaganowitsch geleitet wurden. Das sollte die konsequente Durchführung der neuen Parteilinie sichern, die von Kirow inaugurirt worden war. Diese Uebersiedlung fand nicht statt: Offiziell wurde erklärt, daß man Leningrad nicht ohne verantwortlichen Führer lassen könne. Man begab sich auf die Suche nach einem Nachfolger für Kirow, aber man konnte und konnte ihn nicht finden. So wurde die Uebersiedlung Kirows nach Moskau immer wieder hinausgeschoben.

An den Arbeiten des Politbüros nahm Kirow jedoch nach wie vor teil, und sein Einfluß war dort fortgesetzt im Wachsen.

In einer der Sitzungen des Politbüros — ich glaube im Frühsommer 1934 — wurde eine Frage aufgerollt, die im direkten Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen anläßlich der Affäre Rjutin stand. Zu jener Zeit wurden einige Jugendgruppen — bei den Studenten und im Komsomol — aufgedeckt, in denen Gespräche über das Thema des Terrors geführt wurden. Aktionen terroristischen Charakters wurden ihnen in keiner Weise zugeschrieben, denn sonst wäre über das Schicksal der Teilnehmer dieser Gruppen eine Diskussion überhaupt nicht angeregt worden. Der Grundsatz, daß Mitglieder von Gruppen, die zum aktiven Terror übergegangen waren, physisch vernichtet werden müßten, war schon seit der Zeit des Bürgerkrieges als unerschütterlicher Grundsatz aufgestellt worden. Die »Handlungen« der Teilnehmer der Gruppen, die im Frühjahr 1934 aufgedeckt wurden, gingen nicht über ganz allgemeine Gespräche über das Thema hinaus, daß angesichts des vollkommenen Fehlens einer Parteidemokratie und der faktischen Aufhebung der Sowjetverfassung den oppositionellen Elementen im Lande kein anderes Kampfmittel übrig bleibe als das Mittel des Terrors. Früher wurde auch in solchen Fällen in der Regel das »höchste Strafmaß« angewendet. Aber angesichts des neuen Kurses verlangte die GPU Instruktionen. Es wurde ein ausführlicher Bericht angefertigt, in dem die Gespräche in allen erwähnten Gruppen wiedergegeben wurden. Nachträglich scheint es sicher, daß die Aufrollung dieser Frage keineswegs zufällig war, sondern daß Stalin und sein engster Kreis die Festigkeit des neuen

Kurses ausprobieren wollten: Wie weit würde das Politbüro in seinem »Liberalismus« gehen? Die Instruktionen des Politbüros war ziemlich elastisch. Eine allgemeine feste Anweisung wurde nicht gegeben. Es wurde empfohlen, in jedem einzelnen Falle die individuellen Besonderheiten der Sache zu prüfen. Aber der allgemeine Ton des Beschlusses war der, daß das »höchste Strafmaß« nur in äußersten Fällen angewendet werden solle, wenn die »Unverbesserlichkeit« der einzelnen Teilnehmer den in Frage kommenden Gruppen erwiesen war. Angesichts dieses Beschlusses kamen die Teilnehmer der oben erwähnten Gruppen mit relativ milden Strafen, mit Einzelhaft oder Konzentrationslager, davon; in einigen Fällen wurden die Verhafteten sogar nur in Städte verbannt, die nicht besonders entfernt und gar nicht schlecht waren. In dieser Weise wurde der Fall der in Leningrad verhafteten Terroristen »liquidiert«.

Die Nachrichten über den neuen Kurs wurden in weiten Kreisen der Partei bekannt. Zweifellos haben die letzten der bedeutenden Oppositionellen wie Rakowski, Sosnowski und andere, die sich noch seit der Zeit der »großen Opposition« unversöhnlich verhielten, unter dem Einfluß dieser Nachrichten ihre Unversöhnlichkeit aufgegeben. Dies wurde als ein großer Erfolg der Versöhnungspolitik innerhalb der Partei eingeschätzt. Den »Reumütigen« wurde sofort die Erlaubnis gegeben, sich in Moskau anzusiedeln und eine verantwortliche Arbeit zu übernehmen. Rakowski wurde sogar eines persönlichen Empfanges bei Kaganowitsch gewürdigt. Sosnowski wurde zu seiner alten Tätigkeit eines politischen Feuilletonisten zugelassen, allerdings nicht in der »Prawda«, wo er vor seiner Verbannung Redakteur gewesen war, sondern in der »Iswestija«.

Ihren Höhepunkt erreichten die Erfolge Kirows in der Plenarsitzung des Zentralkomitees im November 1934. Dieser Sitzung wurde ein ganzes Programm konkreter Maßnahmen zur Bestätigung unterbreitet, durch die die grundsätzlichen Beschlüsse des letzten Parteitages verwirklicht werden sollten. Kirow war Hauptberichterstatte und Held des Tages. Wiederum wurde die Frage seiner Uebersiedlung nach Moskau aufgerollt und im positiven Sinne entschieden. Es wurde beschlossen, daß eine Uebersiedlung im Laufe der nächsten Wochen, noch vor Neujahr, vor sich gehen müsse. Unter seine unmittelbare Leitung wurden alle Abteilungen des Parteisekretariats gestellt, die mit der »Ideologie« verbunden sind. Nach Leningrad kehrte er nur für ganz kurze Zeit zurück, um seinem provisorischen Nachfolger die Geschäfte zu übergeben. Um so schmerzlicher wurden alle durch das Telefonogramm aus Leningrad (vom 1. Dezember) betroffen, daß Kirow ermordet sei...

Wird fortgesetzt.

Die Spende

Die deutschen Zeitungen melden:

»Der Führer und Reichskanzler empfing eine Abordnung der Wachmannschaft der Strafgefangenenlager Papenburg (Ems), die auf einsamen Posten, fern von allen größeren Städten ihren schweren Dienst versieht. Die Abordnung überreichte dem Führer eine kunstvoll geschnittene Kassetten, die auf sieben Tafeln je eine Scheck über 1000 Mark, insgesamt 7000 Mark, enthält, als Spende für das Winterhilfswerk.«

Aus den uns vorliegenden zuverlässigen Berichten ersehen wir, daß ein verheirateter SS-Kampfführer — mit zwei Kindern — im Konzentrationslager monatlich etwa 137 RM verdient. Die einfachen SS-Wachmannschaften erhalten entsprechend weniger, sie beklagen sich bitter über den »Hundelohn«, mit dem »nicht mehr auszukommen« sei. Kein Eingeweihter wird also glauben, daß die Papenburger Menschenhändler die großartige Spende aus ihren eigenen und regulären Einnahmen aufgebracht haben. Andererseits ist ihnen sicher daran gelegen, sich an höchster Stelle beliebt zu machen, denn das Geraune über die beispiellose Korruption unter den KZ-Wachmannschaften wird selbst in Parteikreisen immer lauter. Wie unser Lichtenburger Bericht in der vorigen Nummer zeigte, ist durch Erpressung und Diebstahl selbst aus den bitter armen Galeerensklaven, den politischen Häftlingen, noch allerlei herauszuholen, und so wird das prächtige Geschenk wohl aus ihren Taschen stammen. Auch die »kunstvoll geschnittene Kassetten« dürfte in der Gefangenen-Werkstatt hergestellt sein. An der »Spende« kleben Blut und Elend.

Der Querulant

Aus den Memoiren eines Staatenlosen

Endlich war es so weit. Ich hatte einen Interimspaß in der Hand. Nun fehlte nur noch das Einreisevisum jenes Staates, in den mich mein Freund eines Besuchs wegen berief. Die schwierigsten Stationen hatte ich hinter mir: Polizeipräsident, Fürsprache politischer Bürger, Paßamt, Photos, wieder Paßamt, mahnen, warten, wieder zum Paßamt, mahnen, fragen, warten... Kann man ja auch nicht verlangen, solch Staatenlosen, der nichts hinter sich hat, als einen lebenslänglichen Kampf für die Menschenrechte, nichts vor sich, als eine höchst dunkle Zukunft, über die Grenzen reisen zu lassen, wie andere Menschen. Man hat in Genf zwar beschlossen, das der Emigrant auch ein Mensch ist und das darum zu seinen Menschenrechten auch der Paß gehört, aber wohin sollte die Welt geraten, wenn aus Beschlüssen immer gleich Konsequenzen gezogen würden! Jedoch, der Wahrheit die Ehre, ich bekam schließlich einen Paß, ich hielt ihn in den Händen. Kein Zweifel, es gibt noch eine Gerechtigkeit, es gibt noch Länder der Freiheit.

Nun nur noch das Einreisevisum jenes anderen Landes. Konsulat, Photos, Schreibgebühren, Bürger angeben. »Kommen Sie in zehn Tagen wieder.« Ich erschien zehn Tage später, vierzehn Tage später, drei Wochen später. Das Visum kam nicht. Mein Freund schrieb mir: »Es drängt, beeile dich, in zwei Wochen muß ich abreisen, bis dahin will ich das mit deiner hiesigen Arbeitsgelegenheit besprochen haben. Fahre los, ich trage deine Kosten...«

Wieder aufs Konsulat, mahnen, bitten, laufen, warten. Mein Freund schrieb: »Entweder du bist in einer Woche hier oder die Sache mit deiner Arbeitsgelegenheit ist vorbei...« Aufs Konsulat, warten, mahnen, bitten. Ich schlief nicht mehr, aß nicht mehr, verfluchte mein Emigrantendasein samt allem, was dazu gehört... Endlich, am vorletzten Tage der Frist, senkte sich das Visum auf mich herab, wartete ich die letzte Stunde im Konsulat des betreffenden Landes, hielt den fertigen Paß in den Händen, entrichtete die Visumsgebühr. Nun nur noch das Durchreisevisum. Ist die Angelegenheit einer halben Stunde, wie meine Freunde sagten. Meine Koffer warteten schon auf dem Bahnhof. In zwei Stunden ging mein letzter Zug.

Hin zu jenem anderen Konsulat. Arbeit hing davon ab, Ordnung einer Bibliothek samt Kartothek, Glück einiger Monate, vielleicht länger. Schwelgebadet, atmolos, eine Viertelstunde vor Amtschluß, erreichte ich jenes zweite Konsulat, jene letzte Station, die vor der Abreise zu absolvieren war.

»Ja, lieber Herr, sagte der Beamte und betrachtete mitleidig meine mit vielen amtlichen Stempeln versehenen Legitimationen. »Ja, lieber Herr, mit dem Paß ist das anders. Da muß ein Gesuch eingereicht werden. Mit Photos. Entscheidung in zehn bis zwölf Tagen.«

»Es handelt sich ja nur um die Durchreise durch ihr Land, nur die Durchreise! Ich weiß, daß es in solchen Fällen das Visum ohne weiteres gegeben wird. Zum Beispiel von der Schweiz, von Oesterreich, Tschechoslowakei...«

»Von uns nicht.«

»Versetzen Sie sich in meine Lage — —«

»Alles nur das nicht.« Abwehrend hob er die Hände. Dieser Mann war kein trockener Bürokrat, er lächelte bedauernd, er hörte mein Lamento mit an, er vermenschlichte den Schalter um ein Beträchtliches — aber es gab kein Durchreisevisum. Zwischen ihm und mir richteten sich drohende Grenzsteine, Verordnungen, Paragraphen auf.

Mein letzter entscheidender Zug ging ohne mich ab, mein Freund im anderen Land fuhr davon, die Frist und meine Sohlen waren abgelaufen. Aus Höhnisch grinsten mich mein Interimspaß an. Er kostete mehr, als ich in einer Woche verausgaben darf.

Einige Tage später berichteten die Zeitungen ein schweres Verbrechen, begangen in der Hauptstadt desselben Landes, durch das ich nicht fahren durfte. Mit Interesse las ich, daß der Täter nicht nur ein Ausländer, sondern ein mehrfach gesuchter Verbrecher war, von fünf Ländern steckbrieflich verfolgt. Sein Paß jedoch — sein Paß erschien tadellos, gefälscht zwar, doch echter anzusehen als ein echter.

Und nun beginnt mein Traum, denn es gibt ja Leser, denen es lieber ist, wenn gewisse Dinge nur geträumt werden. Das wirkliche Leben erscheint ihnen zu ungläubhaft, zum Beispiel, daß ich an jenem Abend wieder aus dem Bett kletterte, weil ich an die entgangene Arbeit dachte, nicht schlafen konnte, sinnlos durch die Straßen stolchte und schließlich in einem Caféhaus landete, in dem jener Beamte jenes Landes saß, durch das ich nicht fahren durfte.

Zeitungslesend hockte er hinterm Kaffee, als ich ihm das Blatt mit dem Mordbericht unter die Augen schob, stumm, aber die entscheidenden Stellen des Mordberichts rot angestrichen. Er erschrak nicht einmal, ließ sich mit mir in einen Disput ein, denn er war, wie gesagt, bellerbe kein kaltherziger Bürokrat.

»Der Mörder durfte durch ihr Land fahren, sagte ich.

»Was heißt durfte? Sein Paß war zwar gefälscht, aber sonst normal. Glauben Sie, so was wird mit verdächtigem Paß reisen? Nur ein harmloses Gemüt fährt mit einem Papier, das der Aufmerksamkeit aller Behörden sicher ist.«

»Aber ich harmloses Gemüt bekam kein Durchreisevisum!«

»Ja Verehrtester, da geraten wir in die politische Philosophie... Ein Verbrecher wird gefaßt, oder er wird nicht gefaßt, in jedem Falle gehen die Akten in Ordnung. Ein Mörder wird geköpft, aber was macht man

mit einem Staatenlosen, der nichts ausfrißt, nicht in ordentlichen Papieren existiert und plötzlich kein Geld mehr hat? Gendarmen reichen ihn über die Grenzen herüber und hinüber, niemand will ihn annehmen, niemand muß ihn annehmen, er kann auf die Dauer mehr kosten, als ein Mörder, und niemand weiß, wie man ihn buchen soll.«

Ich nickte, wie man eben so im Traume nickt, sah dabei über die Zeitung hin und blieb an einer kleinen Notiz hängen. Sie kündete den Selbstmord eines Emigranten, der nicht mehr aus noch ein wußte. Ich tippte mit dem Finger auf die Notiz. Der Beamte schaute sachlich auf. Ganz richtig, da haben Sie es. Die arme Behörde! Ueberführungskosten, Begräbnis, womöglich noch lange Zellenhinderungen in der Presse, also ob dieser Staat ein Ungeheuer wäre. Rücksichtslos so was... Dabei ist dieser Fall noch glücklich verlaufen. Schlimm wirds, wenn so ein Außenseiter auf den Gedanken kommt, kurz vor dem Tode zu demonstrieren und von der höchsten Brücke in die Donau zu springen, wie das vor Jahren in Budapest geschah. Die Bevölkerung komplizierte den Fall noch, indem sie den Mann rettete und im Triumphzuge ins Krankenhaus schleppte, statt ihn nach seinem Wunsch sterben zu lassen. Wie soll verbucht werden, was im Gesetz nicht vorgesehen ist?«

Denn er war, wie gesagt, kein trockener Büromensch, überhörte lächelnd meine Einwände und fuhr fort: »Oder wie vor einigen Jahren jene Affäre auf jener Grenzbrücke, in deren Mitte sich so'n Staatenloser niederließ, auf neutralem Gebiet zozusagen, nicht zu vertreiben. Verhungern wollte er dort. Und wieder komplizierte die beiderseitige Bevölkerung die traurige Geschichte, indem sie dem Manne Trank und Speise zuschleppte, um so das Verhungern künstlich zu verhindern. Es war buchstäblich ein Skandal ohne Grenzen, das muß doch jeder einsehen. Ein Dieb ist ein Dieb, ein Mörder ist ein Mörder, jede Behörde ist im Bilde, das Ressortmäßige ist klar, aber sagen Sie selber: Wohin gehört ein Mensch, der nicht weiß, wohin er gehört?! In unser Land nicht.«

Ich nickte, wie man eben so nickt, denn er, ich, das Thema und die Geduld waren erschöpft. Dann wollte es noch einmal in mir auf: »Also was, lieber Herr, was darf ich tun, wenn ich in dem einen Lande nicht mehr leben kann? Entweder ich habe keine Ausreiseerlaubnis oder keine Einreiseerlaubnis oder keine Durchreiseerlaubnis oder kein Geld für jegliches, erschießen soll ich mich nicht, ins Wasser soll ich mich nicht stürzen, weil das unangenehm auffällt und man gerettet werden könnte, — was Herr darf ich tun, wenn ich nichts mehr tun darf?«

Er war, wie schon vermerkt, ein vermenschlichter Schalter, aber mein Gerede schien selbst ihm zu dumm. »Sie sind ein Querulant, mein lieber, eben habe ich Ihnen

alles klar auseinander gesetzt, schade um die Zeit, die man solchen Leuten widmet. Ein Narr und unheilbarer Querulant, der Sie sind.«

Zahlte, stand auf und ging, indes ich mich langsam ins Leben zurück verwandelte. Sagte er nicht noch im Abgehen ganz traumhaft, unlogisch: »Sie glauben nicht, wie viele Leute auf falschem Paß reisen« — indes ich erwiderte: »Glaube ich gern, nach den Erfahrungen, die ich mit dem richtigen Paß machte...«

Sagte er das? Sagte ich das? In jedem Falle wäre solches völlig unlogisch, jeder Grundlage entbehrend — daher ja auch die Ueberschrift.

K. R.

Hitlers Lieblingssport schwer gefährdet

Große Plakate im »Kampf gegen den Verderb« mahnen jetzt, ausgefüllt mit beweiskräftigem graphischem Vergleichsmaterial, an hitlerdeutschen Landstraßen vielfach: »Krafftfahrer, helft Devisen sparen!«

Es heißt dann wörtlich:

»Ohne Not soll kein deutscher Krafftfahrer über 50 bis 60 Kilometer fahren und sich immer bewußt sein, daß bei größeren Geschwindigkeiten Devisen verbraucht werden, die die deutsche Wirtschaft notwendiger zum Einkauf anderer Rohstoffe benötigt.«

Vorausgesetzt, daß diese neue Verkehrsordnung des zweiten Hitlerschen Vierjahresplanes nicht nur für Landärzte und Schmierseifenvertreter, sondern auch für den »Führer und Reichskanzler« und alle SS- und SA-Führer gilt, wäre deren vornehmster Sport, nämlich das mit 120 Kilometer durch die deutschen Landschaft Brausen — auf Mercedes Benz, Luxusausgabe, selbstverständlich! — auf das Ernsteste gefährdet. Nehmen wir also an, daß wenigstens hier der Devisenkommissar ein Einschen hat.

Jahresausbeute »rassischer« Hysterie

Das »Gesundheitsstatistische Auskunftsbuch«, das vom Reichsgesundheitsamt herausgegeben wird und dessen Angaben in die regelmäßigen »Veröffentlichungen aus der Zentralverwaltung (Jahrgang 38, Band 46, Seite 160) übernommen wurden, gibt folgende ziffermäßige amtliche Auskunft über die Tätigkeit der deutschen Erbgesundheitsgerichte und Erbgesundheitsobergerichte im Jahre 1934:

»Sterilisiert wurden im Deutschen Reich genau 56.244 Personen, etwa zu gleichen Teilen Männer und Frauen, das heißt: 28.286 Männer und 27.958 Frauen. 5962 Anträge wurden abgelehnt.«

Bisher fehlten alle exakten Angaben über den genauen Umfang der deutschen Sterilisationspraxis. Hier also die »Ausbeute« allein des ersten Jahres der »Rassenschutzgesetzgebung! Wir glauben, daß die geradezu ungeheuerlichen Zahlen den Grad von amtlichen Verfolgungswahnsinn deutlich genug erkennen lassen.

Die Hellscher

Es zog ein Flieger über Wien geheimnisvoll runde Schleifen, er hat auch ein wenig nach rückwärts gespielt, so daß es den Wienern von weitem erschien, als wackele der Kerl mit dem Schweifchen.

Doch seltsam — fern vom Ort der Tat da sah man viel graueren Jammer und brillierte ins Weltall per Rundfunk und Draht —

man hatte die Meldung schon vorher parat — »Ganz Wien unter Sichel und Hammer!«

Ob Spanien oder der Reichstag raucht, ob — durch einen Auspuff vertreten — die rote Gefahr aus der Wolkenwand taucht, Berlin hat den Vorfall geahnt — und gebraucht. Berlin ist die Stadt der Propheten.

Und wenn die Welt sich nur entschließt, der Gabe Beachtung zu schenken, dann weiß sie gar bald und noch ehe es schießt, von wo sich die kommende Kriegsflut ergießt und wie die Verschwörer sich's denken.

Doch keiner scheint darauf erpicht, vom Witz der Propheten zu naschen. Schon möglich, das nächstens der Friedensdamm bricht.

Herr Göbbels — der weiß, aber wir wissen nicht. Die Welt läßt sich gern überraschen.

H—n

Die lockende Freiheit

Der Erfolg eines Buches, das sich von der Zeit abkehrt, ist immer ein Veto des Publikums wider die Gegenwart. Das erfolgreichste deutsche Buch der Kriegsjahre war Meyrink's »Golem«. 100.000 Exemplare wurden innerhalb weniger Monate abgesetzt, weil dieses Buch so radikal von der Wirklichkeit des Weltkrieges hinweg führte. Im Dritten Reich genügt es dem Leser schon, wenn sein Buch ein Jahrzehnt vor der Hitlerei liegt. Die gleichgeschaltete Presse stellt fest, daß es Erinnerungsbücher sind, die mit den stärksten Erfolgen aufwarten können. Zu dem neuen Werke von Ernst Wieschert, der vor kurzem vor Münchner Studenten eine meckerische Rede hielt, schreibt die »Köln. Volkszeitung«:

»Aber ohne Frage erklärt sich das Interesse für dieses Buch aus der gerade jetzt starken Neigung breiter Volkskreise, insbesondere der Altersgenossen des Dichters, in die Vergangenheit zurückzublicken und das eigene Jugenderleben im Spiegel eines typischen Schicksals zu schauen. Hier stehen wir vor der Erklärung der auffallenden Tatsache, daß sich Lebenserinnerungen heute der besonderen Vorliebe der deutschen Bücherfreunde erfreuen.«

Der Dichter flüchtet in die Vergangenheit, weil dort nicht so viele Fußangeln umher liegen, der Leser flüchtet mit, um wenigstens in seiner Phantasiewelt die Luft ehemaliger Freiheit zu atmen und freie Menschen von ehedem reden zu hören. Die Welt der Freiheit wird zum interessanten, lockenden, romantischen Stoff.

Die Kinderstube

Das Dortmunder Naziblatt hat einen in Deutschland laufenden, amerikanischen Unterhaltungsfilm gelobt, was wiederum die »Deutsche Kämpferin« in den Harnisch bringt. Sie meckert: »Ist das nun Kunstkritik oder Kunstbetrachtung? Keins von beiden! So geht drüber ab und zu der Streit darüber, ob dies oder jenes noch das ist, was das Propagandaministerium unter Kunstbetrachtung versteht. Katzbalgereien einer Kinderstube, die sich mit Kritik der Kritik behilft.

Die »Kämpferin« aber geht in diesem Falle weiter und meint, »daß wir in Deutschland heute den amerikanischen Kitschfilm einer für uns erledigten Geschmacksverfallzeit entbehren könnten...« Leicht gesagt. Deutschland muß von USA ein bestimmtes Kontingent Filme abnehmen und umgekehrt. Die guten amerikanischen Filme jedoch gefährden den Schlaf der Despoten, denn sie zeigen die Dummheit, wie sie ist. Ein Beispiel: Zu den Filmen, die Deutschland von USA nehmen mußte, gehörte Viva Villa, ein wirkliches Kunstwerk, das die Ueberlegenheit des Geistes über die dumpfe Vitalität des Bandenführers zeigt. Als der demokratische Präsident Madera von faschistischen Mördern hinweg geräumt wird, verliert der Bandenführer Villa jeden Halt, jede Orientierung, bricht das Unglück über alle und alles herein.

Wie half sich das Dritte Reich? Der Geist im Hintergrunde, dem sich Villa kindlich und willig beugte, wurde mit einer Riesenschere verschnitten, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Die wichtigsten Szenen fielen, weil in der Despotie kein Sieg des Geistes

über die rohe Gewalt gezeigt werden darf. Der reichlich abendfüllende Film wurde derart gekürzt, daß ein anderer Film mit laufen mußte. Und so sah das deutsche Publikum eines der besten amerikanischen Kunstwerke neuerer Zeit in einer Verfälschung und Verschändelung, die für Amerika geradezu beleidigend war und gegen die es internationale Gerichte geben sollte.

3000 Jahre NSDAP

In einem Artikel der »Preussischen Zeitung« schreibt Gauschulungsleiter Dargel über die neue Geschichtsschreibung:

»Es ist eine weitverbreitete Meinung, daß der Nationalsozialismus etwas grundsätzlich Neues wäre. Diese Meinung ist irrig. Die Weltanschauung des Nationalsozialismus ist genau so alt wie das deutsche Volk. Wäre das deutsche Volk frei von allen fremden Einflüssen geblieben, so hätte es gar nicht anders denken und handeln können als nach seinen ewigen Gesetzen diktiert von Blut und Rasse. Diese Gesetze wären in allen Jahrhunderten dem Sinn nach dasselbe gewesen, was für uns heute und für die nächsten tausend Jahre das nationalsozialistische Programm, die 25 Punkte der NSDAP, sind.«

Rund 2000 Jahre »deutsches Volk« plus der nächsten 1000 Jahre, macht ungefähr 3000 Jahre brauner Weltanschauung. Es kann auch noch weniger sein, wie der Volkswitz sagt. Diese nationalidiotistische Geschichtsauffassung für Analphabeten nennt sich in der Ueberschrift: »Grundlagen für weltanschauliche Erziehung.«

Kein Staatsgeld für Leys Hausmusik

Die große und die kleine Korruption im Dritten Reich

Die Sparte Verschönerungsverein der Deutschen Arbeitsfront — lies: »Amt für Schönheit der Arbeit« in der Sektion »Reichsbund Deutscher Beamter« — war vor einiger Zeit beim Reichsfinanzminister von Schwerin-Krosigk in dringlicher Sache vorstellig geworden. Sie sollte bei ihm und in seinem amtlichen Wirkungskreis für jenes »nationalsozialistische Gedankengut« werben, das mit Leys Parole: »An jeden deutschen Arbeitsplatz mindestens ein Geraniumtöpfchen« seinen ardegenen Beitrag zur Ueberwindung des Marxismus und Abschaffung des Klassenkampfes liefern möchte. Dieser »Schönheit der Arbeit« sollten sich — und darum ging der Bittgang — auch alle Reichs- und Staatsbehörden nicht mehr verschließen zeigen, was durch Bereitstellung öffentlicher Gelder zu diesem Zweck unter Beweis zu stellen sei. Mehr noch: für die »Gemeinschaftsfeiern« und »Kameradschaftsabende« in den Aemtern sei künftig aus der Amtskasse das Freibier zu spenden und der unentbehrliche Komiker zu bezahlen... Man sieht, die Petenten waren bei ihrer Aktion so ganz im Schwung des »nationalsozialistischen Gedankengutes«.

Nicht ohne gute Gründe hatte sich offenbar Herr Ley zu dieser Aktion veranlaßt gesehen. Die Unternehmer in den Privatbetrieben halten nicht sonderlich viel von jenen »Sentimentalitäten« der Leyschen »Schönheit der Arbeit« und sind gar sehr für produktivere Anlage ihres Geldes. Aber auch die Arbeiter, sogar die unkritischen unter ihnen, sehen das grobe Stück sozialer Heuchelei und Kitsch in Leys Patent- und Lieblingsidee und machen dafür auch nicht einen Finger krumm; sie drücken sich, wo sie können. Bei dieser trüben Sachlage im Hinblick auf die »restlose« Verwirklichung seiner Idee in der privaten Wirtschaft mußte Herr Ley um so mehr daran gelegen sein, wenigstens in den öffentlichen Betrieben damit nicht abzufallen. Als einer der wichtigsten Männer des Systems durfte er annehmen, daß ihm in den Aemtern nicht dieselbe Enttäuschung bereitet wurde, wenn er nur forderte. Der Reichsfinanzminister ist nicht nur selbst Chef einer sehr kopfreichen Behörde, sondern auch der in letzter Instanz zuständige Mann für die Dienstaufgaben der anderen. Würde er dem »Reichsleiter der P. O.«, dem obersten »Führer« der Arbeitsfront, dem Intimus des »Führers« und Reichskanzlers« gut einen Korb geben können?

Dennoch und wider alles Erwarten der Beteiligten, wovon zur Zeit die ein wenig verschlagenen Sprache der Arbeitsfront-Publizisten zur Sache zeugt: die Aktion hat kläglich geendet! Soeben hat der Reichsfinanzminister — unter ausdrücklicher Betonung, daß damit der Bescheid auf die Petition des »Amtes Schönheit der Arbeit« erginge — zwei Verordnungen erlassen, von denen sich die erste mit der Frage der »Verschönerung« des Arbeitsplatzes für Beamte und Behördenangestellte befaßt und die zweite von den »Gemeinschaftsfeiern« und »Kameradschaftsabenden« in den Aemtern, vor allem und speziell aber auch von deren Finanzierung, handelt.

Nein — »theoretische« hat der Reichsfinanzminister gegen »Schönheit der Arbeit« etwa im Paketpostamt oder auf dem Amtsgericht gar nichts einzuwenden. »Daß die Arbeitsplätze zweckmäßig und hygienisch sein müssen, ist selbstverständlich« — erklärt die Verordnung kühl und eher schnippisch, als nur sachlich. Dann aber kommt der ominöse Satz: »Die Erfahrungen der Technik und der Hygiene wurden schon immer bei zahlreichen Neubauten der Behörden verwertet. Nanu, also schon längst, bevor Ley seine soziale Mission erkannt hatte? Also auch schon vor Anbruch des Dritten Reiches? Also auch gar in den vierzehn Jahren der Schandee, obwohl sie doch, nach Hitler, eigentlich nur von Wahnsinnigen oder von Teufeln amtlich ausgefüllt worden sind? Das Entscheidende der Verordnung aber ist der nachdrückliche Hinweis: »Besondere Mittel können allerdings in Würdigung der Finanzlage des Reiches gegenwärtig nicht zur Verfügung gestellt werden!« Mit der Schlußfeststellung der Verordnung in den Ohren: »... doch kann natürlich der einzelne Beamte für sich nicht unwesentlich zur Verschönerung seines Arbeitsplatzes beitragen« (wir nehmen an, daß das der Minister der Ley-Delegation das auch mündlich mitgegeben hat, durften dann die betäubten Lohgerber im »Reichsbund Deutscher Beamter«

wieder nach Hause ziehen und ihren Auftraggeber Ley benachrichtigen.

Noch sehr viel brüsker — davon handelt die zweite Verordnung — muß der Reichsfinanzminister das zweite Ansinnen, Amtsgelder für »Gemeinschaftsfeiern« und »Kameradschaftsabende« verwenden zu lassen, abgelehnt haben. Ausdrücklich heißt es in unverkennbarer Bezugnahme auf die Forderung der Leyschen Delegation — so, daß die Bestimmung anders gar nicht verständlich wäre — in der zweiten Verordnung:

»Die Beanspruchung öffentlicher Mittel für Gemeinschaftsabende muß abgelehnt werden. Alle Ausgaben für den persönlichen Verkehr, nach Möglichkeit aber auch die sachlichen Ausgaben sollen hierfür von den Verwaltungs- und Betriebsangehörigen selbst getragen werden, wie auch die Feiern in die dienstfreie Zeit gelegt und ausfallende Arbeit nachgearbeitet werden soll.«

Es ist ganz offensichtlich, daß der Reichsfinanzminister, der selbst aus der »Ochsentour« des höheren Durchschnittsbeamten stammt, hier ganz allgemein einen Vorstoß gegen Moralauffassungen innerhalb der Behörden und Amtsstuben unternimmt, die seit Hitlers »Machtübernahme« und dem Eintritt seiner »alten Kämpfer« als oft sehr übelbeleumundeter Personen in die Aemtergang und gäbe geworden sind. Mit einem Fest- und Amtserrummel ohne gleichen war, wie man sich erinnern wird, das ganze »Revolutions«-Jahr 1933 ausgefüllt. Die Behörden, die einen neuen Polizeipräsidenten, einen neuen Amtsvorsteher, einen neuen Beigeordneten erhielten, taten nur so mit. Daß dabei »altpreussische« Anschauungen über die Unantastbarkeit von der Behörde verwalteter Gelder über Bord gingen, ist sicherlich gerade dem alten Beamten von Schwerin-Krosigk nicht unbekannt geblieben. Jetzt benutzt er die Gelegenheit, bei der Ley das aus der Amtskasse gestiftete Freibier und die ebenso bezahlten »Kameradschafts-Zigarren« gewissermaßen legalisieren lassen wollte, um ziemlich deutlich im Hinblick auf den bestehenden Zustand zu werden. Die Finanzlage des Reiches, die ja in der Tat katastrophal seit Hitler ist, mag dabei als Kugelfang herhalten.

Das ist freilich nur die eine Seite der Angelegenheit. Die ungleich wichtigere andere findet unter den besonderen Verhält-

nissen des Dritten Reiches leider keinen Ausdruck. Gewiß möchte Herr von Schwerin-Krosigk mit der brüsklen Abweisung des Leyschen Ansinnens wenigstens einen kleinen Ansatz zur Wiederherstellung jener Sauberkeit in der deutschen Beamtenosphäre machen, auf die er selbst so große Stücke halten mag und hinsichtlich deren er vielleicht legendären Vorstellungen huldigt. Nur — geht das alles nicht genau nach dem Rezept, daß man die kleinen Diebe hängt oder doch hängen möchte, während die großen ganz zeit- und mindestens systemgemäß geworden sind? War der Herr Reichsfinanzminister nicht persönlich dabei, wenn nicht gar damit befaßt, als man Hindenburgs Sohn von wegen der Erbschaftsteuer das dem Vater geschenkte Gut im Grundbuch anhing? Was hat der Herr Reichsfinanzminister gesagt, als sich Herr von Mackensen — als geschlagener Feldherr — eine ganze Domäne vom Reich, trotz dessen Finanznot, vor zwei Jahren verschreiben ließ? Wo und wie hat er protestiert, als Herr Hitler selbst das Lenbachbild »Bismarck« aus dem Besitz der Reichskanzlei in den privaten Salon des Herrn Göring zu überführen befahl? Hat er die Landgüter aus staatlichem Besitzstand vergessen, die sich der Reihe nach eine Anzahl Schreiberlinge des »Reichsbauernführers« Darré (dieser selbst war schon vorher bedacht!) zuwenden ließen? Was hält er von den kostspieligen Geburtstagsgeschenken, die ein Mann wie der Streicher, sich alljährlich aus öffentlichen Beständen zuführen läßt? Aber das ist die Diktatur! Dem kleinen Funktionär möchte sie jetzt Wasser predigen, während bei den großen Herren noch der Wein einer so ganz und gar »unpreussischen« Empfänglichkeit in Strömen fließt! Und die die »Würdigung der Finanzlage des Reiches«? Gut, wenn man gleichzeitig einmal anfangen würde, sich zu berechnen, was eigentlich allein Hermann Göring verdient, der sich ja jetzt seine Luxusvilla auf Capri neben so vielem, was er sonst schon an Mausoleen und Lustjachten besitzt, auch noch hat leisten können, ohne dabei die Fallstricke der Devisengesetzgebung sich zu verstricken. E.

Der gestohlene „Grundstein“

Am 2. Mai 1933 brachen bewaffnete Hitlerbanden in die Räume des Deutschen Bauwerksbundes ein und »roberten« die Stühle und Schreibtische. Den deutschen Bauarbeitern wurde das gesamte Eigentum geraubt, das sie in über vier Jahrzehnten Gewerkschaftsarbeit erworben hatten. Allein in der Zentrale stahlen sie RM 14.204.900.— an Haus- und Grundbesitz, Wertpapieren und in bar. Dazu kommen die ganzen Summen, die in den einzelnen Ortsgruppen gestohlen wurden. Was stehbar war, haben die Nazis gestohlen, das materielle Eigentum und auch die Namen, aber eines konnten sie nicht stehlen: die gewerkschaftliche Ueberzeugung, die gewerkschaftliche Idee, und so haben die Nazis nichts behalten, als die Form. Wohl zwingen die dauernde Drohung mit der Brutalität entmenschter Hitlerhorden, die Sorge um die Existenz durch einen Arbeitsplatz die Bauarbeiter zur Beitragszahlung an die »Arbeitsfront«, soweit der Beitrag nicht gleich vom Lohn abgezogen wird, dennoch besteht zwischen den Bauarbeitern und der Arbeitsfront eine weite Kluft. Aber für die Nazis ist das Geld die Hauptsache, denn die Menschen gewinnen sie ja doch nicht.

Gestohlen haben die Nazis auch den Namen der Gewerkschaftszeitung des ehemaligen »Maurerverbandes«, der sich später zum »Bauarbeiterverband« erweiterte und zuletzt der »Deutsche Bauwerksbund« war: »Der Grundstein«. Unter diesem Namen geben die Nazis eine Zeitung heraus für die Reichsbetriebsgemeinschaft Bau und möchten den Arbeitern einreden, daß sie die Fortsetzung des alten rühmreichen »Grundstein« ist. Der Versuch ist lächerlich, denn die Arbeiter können zwischen dieser charakter- und gesinnungslosen Zeitung, der sich sogar die Geißen schämen würden, und einer Bauarbeiter-Zeitung unterscheiden...

Würde der alte »Grundstein« noch erscheinen, dann könnten wir jetzt auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken und aus diesem Anlaß erkühnen sich die Räuber des Bauwerksbundes, an Hitler folgendes Telegramm zu schicken:

»Der »Grundstein«, das Blatt der Deut-

reden. Sicherlich sind 2 Millionen Menschen in allen Bauberufen und Betrieben beschäftigt, denn die Nazi haben das Baugewerbe »angekurbelt« mit Kasernenbauten mit allem drum und dran; Flugplätze ober- und unterirdisch; Munitionsfabriken; Festungen aller Art und überall, an der West-, Ost- und Südgrenze; Reichsautobahnen; Fabriken für künstliche Rohstoffe usw. usw. nur keine Wohnungen für die Arbeiter. Alles geschah nur zum Schaden des ganzen Volkes. Im Namen der 2 Millionen Arbeiter zu sprechen, ist eine Frechheit und Anmaßung, denn die Druckauflage des »Nazi-Grundstein« beträgt im 4. Vierteljahr 1933 nach eigenen Angaben 272.762 Stück. Davon sind noch viele tausende abzuziehen, die nicht von Bauarbeitern gelesen werden und wieviel tausend an allen Stellen der Arbeitsfront liegen bleiben, läßt sich nicht einmal schätzen. Von den 2 Millionen Bauarbeitern, welche die Nazis selbst angeben, haben sich nur $\frac{1}{5}$ = ein Siebentel — zwingen lassen, den Grundstein zu abonnieren. Das ist die Wahrheit: die Bauarbeiter lehnen die Arbeitsfront, den Nazi-Grundstein, den Nationalsozialismus, Hitler, Ley, Harpe und Gesellen ab, die ihnen die Freiheit raubten und sie mit Bettelpfennigen abspelsen. Wie zum Hohn schreibt der »Betriebsführer« Ostertag in der Festnummer des Nazi-Grundstein u. a.: »... Mutige und innerlich saubere Menschen, die nicht nur nach Geld verdienen fragten, haben in unseren vielen unbekanntenen Maurern, Zimmerern und Hilfsarbeitern Werke vollbracht, die einzig sind auf der Welt. Der höchste Lohn, den sie und alle dabei empfinden, ist der, mit dabei gewesen zu sein bei den vielen Schlachten, die um des Werkes willen geschlagen werden mußten.« Den Hohn merken sich die Arbeiter und schreiben ihn mit auf die Rechnung zu den 51 Pfg. Stundenlohn, die sie bei den Erdarbeiten an der Autostraße erhalten. Auch die Zeit kommt, wo der »Grundstein« wieder frei ist und an die alten Traditionen wieder anknüpfen wird. Das Urteil über den Nazi-Grundstein und was dazu gehört, ist heute schon gesprochen für alle, die lesen und hören können. Hein v. Linden.

Die Feststellung

Das mußte einmal gesagt werden...

Im »Westdeutschen Beobachter« liest man folgenden aufklärenden Bericht:

»In Aachen fand im Ballsaal des Alten Kurhauses im Beisein zahlreicher Vertreter von Partei, Behörden, Wehrmacht und Schutzpolizei eine sehr gut besuchte Tagung der Bezirksgruppe Aachen des nationalsozialistischen Rechtswahrbundes statt, auf der der Chef der Kanzlei des Gauleiters, Gauamtsleiter Robert Thiel, Köln, über den Begriff des Politischen im Nationalsozialismus sprach. Er ging von der Feststellung aus, daß unser heutiges Zeitalter ein politisches genannt werden muß.«

Diese Aufklärung verdient unter der Devise: »Durch Nacht zum Licht« die weiteste Verbreitung! Sie beweist zugleich, daß es die Gauleiter Hitlers verstanden haben, sich ihrer Suite allmählich auch einen Intelligenzstab anzugliedern.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »G r a p h i a«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933; Printed in Czechoslovakia

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kc 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kc 18.—) Preis der Einzelnummer im Ausland Kc 2.— (Kc 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Gold 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lir. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 2.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 3029. Jugoslawien: Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts« Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.